

Politische Berichte ★

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik.

Erscheint vierzehntäglich. Einzelpreis: 2,00 DM. Jahresabo: 78 DM

ermäßigtes Abo: 52 DM, Förderabo: 91 DM

Redaktionsanschrift

GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln.

Hausadresse: GNN-Verlag, Zölper Straße 7, 50674 Köln.

Telefon: 0221/211658, Fax: 0221/215373

Nummer 4/16. Jahrgang

23. Februar 1995

G 7756 D Preis 2,00 DM

Urabstimmung eröffnet Chancen

Im Metalltarifkonflikt kommt es jetzt darauf an, den Druck auf Gesamtmetall zu verstärken

Bayern ist vom IG-Metall-Vorstand zum Arbeitskampfgebiet bestimmt worden. Die Öffentlichkeit einschließlich der IG-Metall-Führung hatte nach vielen ergebnislosen regionalen Verhandlungen eine Tarifeinigung kurz vor Beginn der Urabstimmung erwartet — und mußte überrascht feststellen, daß Arbeitgeberpräsident Gottschol in Abstimmung mit seinem Vorstand weiterhin kein konkretes Angebot vorlegt. Das Unverständnis über die Haltung von Gesamtmetall geht weit in Angestelltenkreise hinein. Gesamtmetall will über das ganze Tarifvertragssystem verhandeln. Der Ausstieg aus nichtgekauften Tarifverträgen (zum Beispiel Manteltarifvertrag, Urlaubstarifvertrag) wird zur Voraussetzung für Einkommenserhöhungen gemacht. Die schlechte Tradition aus dem Jahr 1994 soll 1995 fortgesetzt werden.

Es gibt auch Kritik aus dem Arbeitgeberlager an Gottschols Verhandlungsführung. Denn die Autobranche boomt, und terminierte Aufträge müßten im Fall eines Streiks gestrichen werden. Die Konkurrenz könnte Marktanteile gewinnen. Aber starke Kräfte im Arbeitgeberlager, anscheinend besonders in Bayern, wollen es auf einen Arbeitskampf ankommen lassen. Was versprechen sie sich davon?

BMW wirbt in ganzseitigen Anzeigen für die Vier-Tage-Woche von Montag bis Samstag, wie sie im Werk Regensburg gehandhabt werde. Über zweihundert verschiedene Arbeitszeitregelungen würden jetzt schon betriebliche Flexibilität bei BMW garantieren.



Gerade im Bezirk Bayern an der Grenze zum Niedriglohnland Tschechien haben die Kapitalisten weitgehende Tarifforderungen aufgestellt. Die variable Verfügbarkeit der Belegschaften rund um die Uhr, am besten kapazitätsorientiert, ist das Ziel von Gesamtmetall. Für eine weitere Durch-

löcherung der Tarifverträge fehlt aber den Tarifkommissionen der IG Metall das Mandat. Bei weiterer Flexibilisierung der Arbeitszeit würden sich viele Fragen stellen, die in der IG Metall noch nicht ausdiskutiert sind. Wo bleiben zum Beispiel die Rechte der Beschäftigten, wo die Mitbestimmungsrechte der

Betriebsräte? Insofern ist die Entwicklung zur Urabstimmung und zum Arbeitskampf günstig, auch wenn die IG Metall relativ unvorbereitet ist.

Wenn die Kapitalisten zum Mittel der Aussperrung greifen, kommen noch größere Einkommensverluste auf die Metaller zu. Deshalb wird es darauf ankommen, schnell Druck zu entfalten. Die Beteiligung an den Warnstreiks war gut. Die Bereitschaft der Beschäftigten in der Metallindustrie, weitere Einbußen zu verhindern, ist groß. Die Einkommensverluste treffen nicht nur Arbeiter hart. Jetzt in der Zeit voller Auftragsbücher bei den Autokonzernen und einer stürmischen Aufwärtsentwicklung im Werkzeugmaschinenbau können die Begehrlichkeiten von Gesamtmetall eher zurückgewiesen werden.

So gesehen ist der Konflikt scharf. Gesamtmetall wird sich nicht durch Verhandlungen beeindrucken lassen, sondern nur durch gezielten Widerstand. Das Arbeitgeberlager spekuliert darauf, die schon beschlossene Einführung der 35-Stundenwoche als Druckmittel einzusetzen. Wer Arbeitszeitverkürzung sage, müsse auch der Ausweitung der Maschinenlaufzeiten zustimmen. Die IG Metall kann es sich aber nicht leisten, auch dieses Jahr bestehende Tarifverträge zu durchlöchern. Jetzt nach der Urabstimmung haben die IG-Metall-Mitglieder die Entscheidung in ihrer Hand. Das ist nach all den in der Presse zitierten Äußerungen der DGB-Spitze eher befreiend und erhöht die Chancen für einen annehmbaren Abschluß. — (ros)

Skandal: VDA erhält weiter Millionen aus Bonn

Großdeutscher Revanchistenverband erhält trotz Betrugsverdacht 1994 über 24 Millionen DM

Die bündnisgrüne Bundestagsabgeordnete Annelie Buntenbach, zuständig für Fragen des Rechts-Extremismus, hat in einer Pressemitteilung darauf aufmerksam gemacht, daß der „Verein für das Deutschtum im Ausland“ (VDA) weiterhin Bundesmittel in Millionenhöhe erhält, obwohl die Bonner Staatsanwaltschaft wegen Betrugs und Untreue gegen den VDA ermittelt und beim Bundesrechnungshof ein Prüfungsverfahren läuft.

Auf eine entsprechende Anfrage der Abgeordneten hatte die Bundesregierung bestätigt, daß auf Grund von Bundeszuwendungen im zweiten Halbjahr 1993 dem VDA ein Betrag von zusammen rund 4430000,- DM ausgezahlt wurde. Das Bundesministerium des Innern teilte sich daran mit rund 2,6 Millionen DM für „Hilfsmaßnahmen zugun-

sten der in Staaten Ostmittel-, Ost- und Südosteuropas einschließlich der Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion lebenden Deutschen (Informations- und Koordinierungsbüros, Informationsarbeit, Sprachkurse für Funktionsträger, Begegnungsreisen)“, das Auswärtige Amt gewährte rund 1834000,- DM. 1994 haben sich die Zuschüsse für den VDA noch vervielfacht auf insgesamt 24,01 Mio. DM. In der Antwort der Bundesregierung auf die entsprechende Nachfrage der Abgeordneten heißt es: „Auf Grund von Bundeszuwendungen im Jahre 1994 ist dem Verein für das Deutschtum im Ausland e.V. (VDA) für die Weiterführung laufender Programme (z.B. Koordinierungsbüros GUS, Begegnungsreisen, Sprachassistenten) ein Betrag von rund 8,91 Mio. DM ausgezahlt worden.“

Von dieser Summe wurde vom Bundesministerium des Innern (BMI) ein Betrag in Höhe von rund 6,54 Mio. DM, vom Auswärtigen Amt ein Betrag in Höhe von 2,37 Mio. DM eingesetzt.

Zusätzlich sind an den VDA zur Abwicklung von mehrjährigen Investitionsmaßnahmen an der Wolga, die ausnahmslos in den Vorjahren begonnen worden sind, 15,1 Mio. DM vom BMI ausgezahlt worden.“

Das alles, obwohl in den Jahren 1990 bis 1992 dem VDA Projektmittel in Höhe von 100 Millionen Mark ausgezahlt wurden und davon mehrere Millionen bis heute nicht nachgewiesen werden können. Damals war Staatssekretär Dr. Waffenschmidt nicht nur beim Bundesinnenministerium für die Vergabe der Gelder zuständig („Soforthilfe“ für deutschstämmige Bürger der GUS); er

war auch Verwaltungsratsmitglied des VDA.

Die Bundesregierung weist darauf hin, daß die Höhe der Fördergelder für 1995 noch nicht feststeht, daß sie aber beabsichtigt, laufende Projekte weiter über den VDA zu finanzieren. Dazu Annelie Buntenbach: „Das Festhalten an der Förderung des VDA bis zum heutigen Tag ist nicht nur ein Skandal im Hinblick auf die Verschleuderung von Steuergeldern. Es ist auch ein Festhalten an der vom VDA repräsentierten Volkstumpenpolitik, die unter Einbeziehung selbst rechtsextremer Kreise dort betrieben wird ... Bündnis 90/Die Grünen fordern einen sofortigen Stopp aller Zahlungen an den VDA.“

Quelle: Pressemitteilung von Bündnis 90/Grüne, 10.2., aus: „Antifaschistische Nachrichten“ 4/95

Ein kurdisches Exilparlament wird gebildet

Pressekonferenz in Griechenland, Gespräche mit dem Europarat, Unterstützung in Belgien

Ali Sapan, ERNK-Europasprecher und Mitglied im Vorbereitungskomitee des kurdischen Exilparlaments, führte am 2. Februar in Athen eine Pressekonferenz durch, an der sich wichtige Politiker verschiedener griechischer Parteien und Vertreter des Ärzte- und des Anwaltsverbandes beteiligten: der stellvertretende griechische Parlamentspräsident Panayotis Krikos, die PASOK-Abgeordneten Kostas Baduvas, Leonardo Hacıandereo, Kostas Kipiros und Ilyas Papailiys, die Abgeordneten der Neuen Demokratie Partei Tatulis, Michailis Galanyanos und Fussas, der Abgeordnete der Partei des politischen Frühlings, Hacı Dimitrio, das Mitglied des Zentralkomitees der PASOK, Michailis Xaralambidis, der Verantwortliche für außenpolitische Beziehungen der Linkskoalition, Panos Trigazis, sowie ein Vertreter der Anwaltskammer, in der 5000 Anwälte organisiert sind, und ein griechischer Vertreter des Weltärzteverbandes.

Ali Sapan erklärte, daß das kurdische Exilparlament der offizielle Ansprechpartner für alle politischen und diplomatischen Gespräche und Vertreter des kurdischen Volkes und seiner Interessen ist. Das kurdische Exilparlament habe mit allen Regierungen und internationalen Gremien Kontakte aufgenommen und befaßt sich mit den politischen, kulturellen und Bildungsfragen der im Exil zu leben gezwungenen Kurden. Die für den 21. März geplante offizielle Gründung des Parlaments wird derzeit in fünf Arbeitsgruppen des Vorbereitungskomitees vorbereitet.

Das Vorbereitungskomitee führte auch am 30./31. Januar in Straßburg Gespräche mit Mitgliedern des Europarats, u. a. mit Jean Pierre Massert, dem

stellvertretenden Vorsitzenden der französischen Delegation und Abgeordneten der Französischen Sozialistischen Partei. Massert erklärte, der Europarat habe der Türkei bisher immer Zeit gegeben in der Hoffnung, durch Unterstützung die Demokratisierung voranzutreiben, aber nachdem sich keine solche Entwicklung zeigt, würde er jetzt gegen die Türkei vorgehen.

Bei einem Gespräch mit der irischen Delegation erklärte deren Vorsitzender Jim Mitchel, solange es keine dauerhafte Lösung der kurdischen Frage gebe, könne es weder eine Lösung der generellen Probleme der Kurden noch Demokratie in der Türkei geben.

Das Vorbereitungskomitee führte auch ein Gespräch mit dem Vorsitzenden des Europarates, Martinez.

Yaşar Kaya, Ehrenvorsitzender der

DEP und ebenfalls Mitglied des Vorbereitungskomitees für das Exilparlament, führte in Heidelberg Gespräche mit Professor Dr. Gert Weisskirchen, Mitglied des auswärtigen Ausschusses der SPD und der OSZE und mit Frau Dr. Angelika Köster-Löschak von Bündnis 90/Die Grünen.

Der flämische Senator der Sozialistischen Partei, Paul Porter, brachte im Belgischen Parlament am 30.1.95 einen Antrag mit der Forderung ein, Druck auf die Türkei auszuüben und „einen Dialog mit der Vertretung von 15 Millionen Kurden und Kurdinnen“ zu beginnen.

Das kurdische Exilparlament stellte sich der kurdischen Exilbevölkerung in den europäischen Ländern bereits in ersten Veranstaltungen vor. Während die geplanten Veranstaltungen in Wein-

heim und Stuttgart verboten wurden und die jeweils 2000 gekommenen Kurden und Kurdinnen nur teilweise in kleinen „Ersatzveranstaltungen“ Platz fanden, wurden in London, Hamburg und Hannover Vorstellungsveranstaltungen mit jeweils 2000 TeilnehmerInnen durchgeführt.

In London stellten am 5. Februar Yaşar Kaya, Mizgin Şen und der Vorsitzende der kurdischen Intellektuellenvereinigung, Dilbixwin, das Parlament und seine Ziele vor. Bei den Nachwahlen haben alle Kurden und Kurdinnen, die sich gegenüber der kurdischen Gesellschaft nichts zuschulden kommen ließen und über 25 Jahre alt sind, passives Wahlrecht. Aktives Wahlrecht haben alle Kurden und Kurdinnen ab dem 18. Lebensjahr. In Europa sind das über zwei Millionen Menschen, in den türkischen Metropolen über 10 Millionen Menschen.

Dem 23 Personen umfassenden Vorbereitungskomitee für das Exilparlament gehören außerdem u. a. Abdurrahman Dürre, Vorsitzender der Islamischen Bewegung Kurdistan, und der ehemalige DEP-Abgeordnete Mahmut Kiliç an. Nach Angaben des Vorbereitungskomitees stehen in dem geplanten Exilparlament der DEP ebenso wie der ERNK je neun Sitze zu. Die Islamische Bewegung soll aus ihren Reihen drei Abgeordnete wählen, ebenso der Verband der Assyrer, der Verband der Alewiten und der Verband der Yeziden. Die freie Frauenbewegung TASK, die in Deutschland etwa 4000 Mitglieder hat, wird fünf Mandate haben. Wenn alle Organisationen, die dazu aufgefordert wurden, an der Bildung des Exilparlaments mitwirken, wird es 100 Sitze haben. Quelle: Kurdistan-Rundbrief 4/95 — (K., rül)



Im Sommer 1994 trugen kurdische Jugendliche in Gent ihre Beschwerden gegen die türkischen Massaker, gegen die Verfolgung von Kurdinnen und Kurden auch durch die Staatsorgane der BRD und ihre Forderung nach Selbstbestimmungsrecht einer Vertreterin des UN-Menschenrechtsausschusses vor. (Bild)

AKTUELL IN BONN

EWS-Diskussion und DM-„Flucht“

Von einer zunehmenden „Flucht in die D-Mark“ sprechen derzeit Devisenhändler. Der Dollar, der französische Franc, das britische Pfund und die Lira notieren an den Börsen anhaltend schwach. Ursache der anhaltenden Währungsspekulation gegen die anderen EWS-Länder und den Dollar seien „politische Probleme der Nachbarländer“ der BRD, behauptet die Wirtschaftspress. Die „Flucht in die D-Mark“, bestätigt die zunehmende Dominanz der BRD in Europa. Bundesbankpräsident Tietmeyer hat diese Spekulation durch seine Ankündigung, er rechne nicht mit dem Inkrafttreten der Währungsunion zum 1.1.1997, in der letzten Woche zusätzlich angeheizt.

DGB-Forderungen zur Steuerreform

Der DGB hat sich in die Steuerreform-Diskussion mit einem eigenen Reformmodell eingeschaltet. Der DGB fordert darin insbesondere, das steuerfreie Existenzminimum auf 13000 DM (bzw. 26000 DM für Verheiratete) festzulegen. Waigel will eine Steuerbefreiung nur bis 12000 DM bzw. 24000 DM. Ledige mit einem zu versteuernden Einkommen von 14000 DM erhalten bei dem DGB-Modell eine Steuerentlastung von 1438 DM im Jahr. Auch Waigels „Arme-Leute-Buckel“ ist in der DGB-Forderung beseitigt. Der DGB rechnet durch diese Steuerbefreiung mit einem Rückgang der Steuereinnahmen um ca. 21 Mrd. DM. Zum (teilweisen) Ausgleich sollen

die Besteuerung von Zinseinkünften erhöht werden und der Spitzensteuersatz für gewerbliche Einkünfte wieder von 47% auf 53% angehoben werden, schlägt er vor.

Waigel contra Erbschaftssteuer

Finanzminister Waigel hat in der Diskussion um sein für den Sommer geplantes „Jahressteuergesetz 1995“ noch einmal draufgesetzt: Zusätzlich zu seiner umstrittenen Steuerformel zum steuerfreien „Existenzminimum“ und der Abschaffung der Gewerbesteuer will er nun auch noch die Erbschaftssteuer und die Schenkungssteuer senken. Bei beiden Steuern besteht schon jetzt ein Freibetrag von 500000 DM, erst bei Erbschaften und/oder Schenkungen über dieser Summe beginnt eine geringe Besteuerung. Nun will Waigel noch das Betriebsvermögen nur zu 75% bewerten, Beteiligungen bis 25% sollen ganz von der Steuer befreit werden. Ein erheblicher Teil von Erbschaften und Schenkungen wären damit künftig ganz von der Steuer befreit.

CDA gegen 580-DM-Jobs

Die CDU-Sozialausschüsse (CDA) haben die Abschaffung der sogenannten 580-DM-Jobs gefordert. Diese sozialversicherungsfreien Beschäftigungsverhältnisse seien ursprünglich als Ausnahme gedacht gewesen, hätten sich aber „zum Regeltatbestand“ entwickelt, kritisierte der stellvertretende CDA-Vorsitzende Arentz. Solche Beschäftigungen hielten die Sozialversi-

cherungen aus und bedeuteten für die Beschäftigten soziale Schutzlosigkeit. Laut CDA sind derzeit etwa 4 Millionen Personen in solchen Jobs beschäftigt, hinzu kämen noch einmal „rund eine dreiviertel Million Schein-Selbständiger“ in privaten Haushalten, so Arentz. Arentz rechnet bei Umwandlung solcher Jobs in reguläre Beschäftigungsverhältnisse mit ca. 1,5 Millionen „neuen Arbeitsplätzen“.

Liste 3: Entschädigungen — wofür?

Am 13. Februar hat das Bundesverwaltungsgericht in Berlin über die Klage gegen die sogenannte „Liste 3“ entschieden. Die Nazis und Kriegsverbrecher, die in dieser von der sowjetischen Besatzungsmacht aufgestellten Liste erfaßt und enteignet wurden, erhalten ihr Eigentum nicht zurück, entschied das Gericht. Sie bzw. ihre Nachfolger haben jetzt aber Anspruch auf — angeblich „geringfügige“ — Entschädigung. Wer da alles in der Kriegsverbrecherliste stand bzw. zu den Nachfolgern gerechnet wird und „geringfügig entschädigt“ wird, beschreibt das Handelsblatt am 14.2.: „... neben Wertheim auch die Warenhäuser Hertie, Karstadt und Peek & Cloppenburg, mehrere Gewerbebetriebe der AEG, Knorr Bremse, Siemens, die Rheinisch-Westfälische Immobilienbank, Tengemann und Ufa sowie Krupp und IG Farben“.

Autobahngebühr umstritten

Die „Autobahngebühr“ bleibt weiter umstritten. Das rechte Magazin Focus

behauptet, die Maut sei faktisch schon tot: Experten rechneten mit mehreren Millionen „Zahlungsverweigerern“. Wie diese verweigern und zugleich auf die Autobahn wollen, bleibt dabei offen. Der DGB kritisiert, die Maut würde ähnlich wirken wie eine Mineralölsteuererhöhung, und verlangt ein umfasses des Verkehrssystem, insbesondere „attraktive Alternativen im öffentlichen Personennahverkehr und finanziellen Entlastungen für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte“. Eine „preispolitische Eindämmung“ des Individualverkehrs — zu deutsch: Beschränkung auf Personen mit höherem Einkommen — will der DGB akzeptieren.

Was kommt demnächst?

Am 23. Februar beginnen die EU-Außenminister ihre Tagung in San José (Mittelamerika) mit den dortigen Ministern der AKP-Staaten. Die nächste Sitzung des Bundestags beginnt erst am 1. März mit einer Aussprache zum internationalen Frauentag. Am Donnerstag den 9. März, folgt u. a. eine Diskussion über einen Bericht Seehofers zum Stand der „Gesundheitsreform“ sowie über Rüstungsexporte. Am 10. März berät der Bundestag u. a. über den Jugendbericht der Bundesregierung, den Antrag der PDS zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes (§ 116) und einen Antrag der Grünen zur Beschränkung der Abschiebungshaft. Am 14. Mai sind Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen eventuell auch die Bremer Wahlen.

Jeden Tag, bevor man in den USA derzeit die Zeitung aufschlägt, fragt man sich, welche neue Schweinerei, welchen neuen Angriff auf die besitzlosen Massen der Kongreß zuvor verabschiedet hat. In Windeseile geht die neue Republikanische Mehrheit daran, die Reste von sozialer Sicherheit aus der Zeit des New Deal und Johnsons „Großer Gesellschaft“ (Kampf gegen Armut) zu beseitigen: gesetzliche Rentenversicherung, Wohlfahrt und Unterstützung von Familien mit abhängigen Kindern. Und dazu alle Schutzgesetze bzgl. Sicherheit am Arbeitsplatz, Umweltvergiftung und -zerstörung und Produktsicherheit, die in den letzten 40 Jahren erkämpft worden sind. In 100 Tagen wollen sie ihr 10-Punkte-Programm, das sie „Vertrag mit Amerika“ genannt haben, durchziehen (siehe Kasten). Das haben sie ihren Geldgebern versprochen, und diese haben ihre Erwartungen mit 11 Mio. \$ Spenden allein bei einer Wahlsiegeparty unterstrichen.

Jetzt, nach 40 Tagen, hat das Repräsentantenhaus schon die folgenden Maßnahmen verabschiedet (siehe Kasten für Details): Verfassungszusatz bzgl. Verbot von Haushaltsdefizit, Reform der unfinanzierten Ausführungsgesetze, Zulassung von mehr illegal erworbenem Beweismaterial (ohne Durchsuchungsbefehl), mehr Geld für Gefängnisse, Beschleunigung der Ausführung der Todesstrafe, Erhöhung der Rüstungsausgaben, keine US-Truppen unter UN-Kommando, Erweiterung der NATO. Nicht durchgekommen ist nur die Wiedererrichtung des Star-War-Pro-

US-Kongreß wütet

Reaktionäre Gesetze wie vom Fließband



gramms. Der Rest des 10-Punkte-Programms liegt zum großen Teil in den Komitees des US-Kongresses. Der Senat ist nicht ganz so feurig mit der Verabschiedung dieser Maßnahmen.

Der „Vertrag“ ist ein umfassendes Programm, alle Gesetze zu beseitigen, die die Herrschaft des Kapitals einschränken, und einen noch höheren Teil des Bundeshaushalts dem Kapital zur

Verfügung zu stellen. Dazu sieht der „Vertrag“ vor, die unteren Teile der Gesellschaft weiter zu entrechten und zu verarmen, sie praktisch aus der Gesellschaft auszuschließen. Das ist z.B. mit den Obdachlosen schon geschehen: Kein Politiker spricht mehr von ihnen, das Thema ist aus der Presse verschwunden. Allein die Steuererleichterungen sollen den Reichen 220 Mrd. US-\$ über fünf Jahre bringen. 70 Mrd. \$ dafür sollen aus der Wohlfahrt kommen, weitere 150 Mrd. \$ aus der Krankenversicherung für die Armen und die Rentner.

In der letzten Wahl haben sich die Kandidaten allgemein mit Versprechen an die Mittelklassen gewandt. Die unteren 50% der Bevölkerung gehen nicht zur Wahl — sie haben die Hoffnung aufgegeben, daß ihre Stimme für einen Republikaner oder Demokraten irgend etwas für sie ändert. Nach Meinung der „Experten“ haben die besorgten und verärgerten Teile der Mittelklasse, meist männlich und weiß, in der letzten Wahl den Ausschlag gegeben. Seit Jahren hören sie, wie gut die Wirtschaft läuft, nur ihr reales Einkommen sinkt Jahr für Jahr. An sie wendet sich der „Vertrag“ und macht ihnen Hoffnungen: Werdet den Ballast los, die Wohlfahrtsmütter, die sich — Urahn, Ahne, Mutter und Kind — mit euren Steuergeldern ein gutes Leben machen; die Einwanderer, die hierher kommen, um auf eure Kosten sorglos zu leben. Wir versprechen, daß wir das für euch tun werden, und das wird die Wirtschaft ankurbeln und euch Jobs bringen.

— (ger, her)

Dokumentiert: Vorhaben der Republikaner im US-Kongreß

Die 350 Kandidaten der Republikanischen Partei haben vor den Novemberwahlen eine Plattform unterzeichnet, die sie „Vertrag mit Amerika“ nannten. Ein großer Teil von ihnen wurde gewählt und behauptet nun, der „Vertrag“ sei ein Mandat des Volkes. Die allermeisten ihrer Wähler haben jedoch nicht für den „Vertrag mit Amerika“ gestimmt — schon deshalb nicht, weil der „Vertrag“ erst nach den Wahlen durch die Presse verbreitet wurde. Ganz abgesehen davon, daß weniger als 10% der Wahlberechtigten für die „Vertrags“-Kandidaten gestimmt haben (38% Wahlbeteili-

gung, ca. 55% der Stimmen für die Republikanischen Kandidaten, davon maximal 40% „Vertrags“-Kandidaten). „Volks“-Mandat? Ein genauerer Blick auf den Inhalt der Gesetzesvorhaben der Plattform zeigt, daß der „Vertrag mit Amerika“ ein Vertrag mit den Finanzierern der Politiker ist.

In den ersten 100 Tagen wollen die Unterzeichner diese 10 Gesetze einbringen und abstimmen lassen (aus: *New York Times*, 11. 11. 94).

Alle diese Gesetze haben hehre Namen, die nicht erraten lassen, welche Gemeinheiten sich dahinter verbergen.

1. Gesetz zur Fiskalischen Verantwortlichkeit

Verfassungszusatz, der einen Bundeshaushalt ohne Defizit erzwingt. Dieses Gesetz wird den „Zwang“ liefern, die Renten- und Krankenversicherung für Rentner noch mehr zu kürzen. „Wohin sonst“ sollen das Defizit von z.Zt. 197 Mrd. \$ und die steigenden Zinszahlungen an das Finanzkapital — z.Zt. 257 Mrd. \$ für die Staatsschuld von über 4000 Mrd. \$ — „ausgeglichen“ werden. 509 Mrd. \$ im Bundeshaushalt kommen aus der Steuer für Sozialversicherung, fast so viel wie die 623 Mrd. \$ aus Einkommenssteuern. Schon jetzt fließt ein „Überschuß“ von 80 Mrd. \$ aus der Sozialversicherung in den allgemeinen Haushalt.

2. Gesetz zur Rückeroberung unserer Straßen

Verschiedene Maßnahmen zur Verbrechensbekämpfung:

- mehr Gefängnisse
- längeres Absitzen von Gefängnisstrafen
- Zulassung von mehr „in gutem Glauben“ illegal erworbenem Beweismaterial in Strafverfahren
- effektivere Todesstrafe, d.h. kürze-

rer Prozeß bis zur Vollstreckung, und mehr mit Todesstrafe bedrohte Tatbestände

— Kürzung von Geldmitteln zur Resozialisierung.

3. Gesetz zur Persönlichen Verantwortung

— Mittelkürzungen für Wohlfahrtsprogramme

— Begrenzung von Wohlfahrtsunterstützung auf zwei Jahre, zusammen mit Arbeitspflicht „zur Förderung der individuellen Verantwortlichkeit“

— keine Unterstützung für Einwanderer, egal ob illegal oder legal

— keine Unterstützung für minderjährige Mütter und keine Erhöhung der Unterstützung für weitere Kinder von Wohlfahrtsmüttern — um vor „unehelichen Geburten und Teen-Schwangerschaften abzuschrecken“.

4. Gesetz zur Stärkung der Familie

— Steuernachlässe für Adoptionen

— Durchsetzung von Alimentenzahlungen

— Stärkung der Rechte der Eltern in der Erziehung ihrer Kinder — Steuernachlässe für Schulgeldzahlungen an (kirchliche) Privatschulen

— schärfere Gesetze gegen Kinderpornographie

— Steuernachlässe für die Sorge für abhängige Eltern — „um die zentrale Rolle der Familie in der amerikanischen Gesellschaft zu verstärken“.

5. Gesetz zur Wiederbelebung des Amerikanischen Traums

— 500 \$ je Kind Steuernachlaß

— Verringerung der steuerlichen Benachteiligung von verheirateten Doppelverdienern

— Schaffung von „Sparkonten Amerikanischer Traum“ als Steuererleichterung für die Mittelklasse. Unbekannt, wieviel Prozent Zins pro Traum.

6. Gesetz zur Wiederherstellung der Nationalen Sicherheit

Ein treffenderer Name wäre Gesetz zur Gesundung der Rüstungsindustrie.

— Wiederherstellung von wesentlichen Teilen des (Reagan/Bush)-Verteidigungshaushalts, „um unsere nationale Verteidigung zu stärken und unsere Glaubwürdigkeit in der ganzen Welt zu erhalten“.

— keine US-Truppen unter UN-Kommando.

7. Senioren-Fairness-Gesetz

— Erhöhung der Zuverdienstgrenze zur Rente, „die z.Zt. Senioren aus dem Arbeitsprozeß zwingt“

— Aufhebung der 1993 erhöhten Besteuerung von Renten

— Steuerfreibeträge für private Langzeitpflegeversicherung, „um den älteren Amerikanern mehr von dem zu lassen, was sie über die Jahre verdient haben“ — gut für den, der sich's leisten kann.

8. Arbeitsplatzschaffungs- und Lohnförderungs-gesetz

— Steuerfreibeträge für kleine Unternehmer

— Kürzung der Kapitalertragsteuer — Lieblingswunsch der Republikani-

schen Partei seit Reagan

— Risikoeinschätzung und Kosten-Nutzen-Analyse — dahinter verbirgt sich die de-facto-Aufhebung aller Umwelt- und Arbeitsschutzgesetze; Stärkung des Gesetzes zur Flexibilisierung von Verordnungen — Deregulierung

— Reform der unfinanzierten Ausführungsgesetze — die Einzelstaaten brauchen Bundesgesetze nicht auszuführen, wenn sie mit Kosten verbunden sind und der Bund dafür nicht aufkommt — das Ende aller zentralen Gesetze bzgl. Umwelt, Arbeitssicherheit usw.

— alle diese Schweinereien natürlich für ein hohes Ziel: „um Arbeitsplätze zu schaffen und den Lohn der Arbeiter zu erhöhen“.

9. Gesetz zur Common Sense Reform des Rechtswesens

Reform der Produkthaftungspflichtgesetze; Begrenzung von Schadensersatzzahlungen — „um die endlose Flut von Klagen einzudämmen“. Mag sein, daß ein Heer von Rechtsanwälten eine Schadensersatzindustrie aufgemacht hat, wie einem die Zeitungen weismachen wollen, oder daß eine Jury einem Medium einige 100000 Dollar für Verlust der psychischen Fähigkeiten zuerkannt hat.

An den Milliarden an Schadensersatzzahlungen für Thalidomid (Contergan), Asbest und, gerade im Anlaufen, Silicon Busenimplantate kann man besser sehen, wo die Kapitalisten der Schuh drückt.

10. Bürgerparlamentsgesetz

Begrenzung der Wiederwahl von Abgeordneten — „um Karrierepolitiker durch Bürgergesetzsmacher zu ersetzen“. Dieses Vorhaben ist seit dem Wahltag nicht mehr beliebt bei denjenigen Unterzeichnern, die gewählt wurden.

Auf das Karussell der Gesetzentwürfe zu Beratungsgesetzen, die sich an die detaillierten Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtsurteils halten müssen, wird und will die PDS nicht mit aufspringen. Unser Gesetzentwurf sichert die Unantastbarkeit der Grundrechte von Frauen, indem der Artikel 2 GG mit folgendem Absatz ergänzt wird: „Jede Frau hat das Recht, selbst zu entscheiden, ob sie eine Schwangerschaft austrägt oder nicht.“ Nach Inkrafttreten des Gesetzes wäre die Streichung der §§ 218, 219 StGB die zwingende Folge.

Im Gegensatz dazu überbieten sich die Fraktionen der CDU/CSU, F.D.P., SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegenseitig im krampfhaften Abarbeiten an den frauendiskriminierenden und entmündigenden Vorgaben des Urteils des Bundesverfassungsgerichts.

Frauen haben das Recht, selbst über ihren Körper und ihr Leben zu bestimmen. Dieses Recht wird ihnen in der Bundesrepublik noch immer verwehrt!

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts kann jetzt nur noch eine Änderung des Grundgesetzes zur Streichung des § 218 führen. Der 2. Senat des Bundesverfassungsgerichts hat mit der Ausweitung der Grundrechte auf das vorgeburtliche Leben den Wesensgehalt der Grundrechte verändert und den Geltungsbereich ausgedehnt. Grundlage dieser Ausweitung ist die fiktive Aufhebung der Einheit von Leibesfrucht und schwangerer Frau sowie die Reduzierung von Schwangerschaft auf einen rein biologischen Vorgang. Mit Hilfe dieser Konstruktion verkündete die Mehrheit des Bundesverfassungsgerichts, daß der Fötus Grundrechtsträger sei. Bekanntlich ist die Urteilsfähigkeit von Menschen sehr viel differenzierter, wenn sie selbst betroffen sind bzw. sein können, was bei den RichterInnen des 2. Senats mehrheitlich ganz bestimmt nicht der Fall war.

Ergebnis dieses nicht begründeten Fundaments ist ein Gebäude von Regelungen, die Frauen als unmündige bzw.

„Es geht auch anders!“

PDS: Grundgesetz ändern, Paragraph 218 aufheben!

Christina Schenk, frauenpolitische Sprecherin und Leiterin des Arbeitskreises Feministische Politik, und Petra Bläss, sozialpolitische Sprecherin, stellten am 7. Februar

den Gesetzentwurf der PDS-Bundestagsgruppe zum Schwangerschaftsabbruch in Form einer Ergänzung des Artikels 2 GG und entsprechender Änderungen im Strafgesetzbuch vor.



tendenziell gewissenlose Wesen Kontrolle unterwerfen.

Aber nur die Frau selbst kann entscheiden, ob die Leibesfrucht von Anfang an ihr Kind ist, wenn sie es wünscht, oder aber, wenn es sich um eine ungewollte Schwangerschaft handelt, ein Etwas, das ihre Lebenspläne zerstören droht.

Mit dem zweiten Abtreibungsurteil hat das BVerfG ein „Quasi-Gesetz“ gelassen und sich dadurch selbst zum „Gesetzgeber“ gemacht, ohne dazu legitimiert zu sein. Der Machtzuwachs des BVerfG, der sich an den Urteilen zur Abtreibung besonders deutlich zeigt, muß zugunsten des Parlaments wieder eingeschränkt werden. Politische Entscheidungen müssen vom Gesetzgeber und nicht vom BVerfG getroffen werden.

Mit dem von uns vorgestellten Gesetzentwurf der PDS im Bundestag wird endlich erneut die zentrale Forderung nach dem Recht der Frau auf Selbstbestimmung und Abschaffung des § 218 ins Zentrum der Debatte gerückt. Wirklich selbstbestimmt kann eine Frau erst dann leben, wenn sie ohne Einschränkungen und Fristen über ihr Leben und ihren Körper entscheiden kann.

Wenigstens werden wir sehr genau prüfen, ob in den vorgelegten Gesetzentwürfen zu den Beratungsgesetzen der anderen Fraktionen Mindeststandards gewährleistet sind, wie die Finanzierung aller Abbrüche über die Krankenkasse und die nachträgliche Kostenersatzung durch die Frauen selbst (im Falle höherer Einkommen) oder durch die Länder, die Ergebnisoffenheit der Beratung, das Recht auf Anonymität, die Hervorhebung des Rechts der Frau auf eine eigenverantwortliche Entscheidung und das Recht der Frau, keine Auskunft über Gründe zu geben. Danach wird schließlich auch das Abstimmungsverhalten der Bundestagsgruppe der PDS richten.

(Presseerklärung von Christina Schenk und Petra Bläss, Bonn, 7.2.1995)

In dem von der PDS vorgelegten „Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung der Unantastbarkeit der Grundrechte von Frauen – Ergänzung des Grundgesetzes (Art. 2) und entsprechende Änderungen des Strafgesetzbuches – heißt es u. a.:

„Problem:

In seinen bisherigen Entscheidungen zur Reform der §§ 218, 219 StGB hat das Bundesverfassungsgericht durch eine gedankliche Aufspaltung der Einheit von schwangerer Frau und Leibesfrucht zwei getrennt voneinander existierende Rechtssubjekte konstruiert.

Auf der Grundlage dieser Konstruktion hat das Bundesverfassungsgericht eine Kollision zwischen den verfassungsrechtlich geschützten Grundrechten der Frau einerseits und dem Lebensrecht der Leibesfrucht andererseits behauptet, die nicht zu einem verhältnismäßigen Ausgleich gebracht werden könne.

In der daraus abgeleiteten Notwendigkeit einer Güterabwägung ist das Bundesverfassungsgericht zu dem „Schluß gekommen, daß das postulierte Lebensrecht der Leibesfrucht gegenüber den Grundrechten der Frau überwiegt, weshalb der Staat eine Schutzfunktion für die Leibesfrucht auch gegenüber der schwangeren Frau habe.

Für Frauen werden damit die Grundrechte auf Unantastbarkeit ihrer Würde, auf freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit und auf Gewissensfreiheit

während der Schwangerschaft eingeschränkt.

Eine solche Interpretation steht im Widerspruch zum Wesensgehalt der Grundrechte, weshalb eine Klarstellung der Unantastbarkeit der Grundrechte von Frauen im Grundgesetz selbst geboten erscheint.

B. Lösung:

Ergänzung des Artikels 2 GG durch einen Absatz, in dem das Recht der Frau verankert wird, über Austragung oder Abbruch einer Schwangerschaft selbst zu entscheiden.

Die strafrechtlichen Vorschriften über den Schwangerschaftsabbruch werden ersatzlos gestrichen.

Die Begehungswiese „Abbruch einer Schwangerschaft gegen den Willen der Schwangeren“ nach § 218 Abs. 2 StGB wird in den Katalog des § 224 StGB als schwere Körperverletzung aufgenommen.

Nach Inkrafttreten dieses Gesetzentwurfs ist die Novellierung des Schwangerschafts- und Familienhilfegesetzes erforderlich, da Beratungsmöglichkeiten auf freiwilliger Grundlage anzustreben sind.“

Im Entwurf wird dann folgende Änderung des Art 2 GG beantragt: Es soll

ein Absatz 3 angefügt werden: „(3) Jede Frau hat das Recht, selbst zu entscheiden, ob sie eine Schwangerschaft austrägt oder nicht.“

In der Begründung heißt es u. a. zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts:

„Das Bundesverfassungsgericht hat mit der von ihm vorgenommenen Definition der Leibesfrucht als Rechtssubjekt diese unter Artikel 2 Abs. 2 Grundgesetz –

„Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit“ subsumiert.

Damit ist der Geltungsbereich der staatlichen Fürsorge- und Schutzpflicht, der bisher bzgl. der Grundrechte Menschen als Personen umfaßte, extensiv auf menschliches Leben in allen Phasen seiner Entwicklung ausgedehnt worden.

Die vom Bundesverfassungsgericht unter der Hand vorgenommene Erweiterung des Geltungsbereiches des Grundgesetzes auf vorgeburtliches Leben ist weder aus der Erklärung der Allgemeinen Menschenrechte noch aus dem historischen und grammatikalischen Kontext des Grundgesetzes ableitbar.

Rechtssubjekte der 1949 erlassenen Verfassung waren Menschen, also Bürgerinnen und Bürger, nicht Leben als

solches. Das deckt sich mit dem seit dem 1.1.1900 geltenden § 1 BGB: „Die Rechtsfähigkeit des Menschen beginnt mit der Vollendung der Geburt.“

Die obersten Richter haben im Benennen, ihre Auffassung, das vorgeburtliche menschliche Leben sei als Rechtssubjekt anzusehen, juristisch zu untermauern, das Allgemeine Landrecht des Preußen (ALR) aus dem Jahr 1794 bemüht und zitieren unter D.I. Nr. 1a die Urteilsbegründung: „Die allgemeinen Rechte der Menschheit gebühren auch den ungeborenen Kindern schon von der Zeit der Empfängnis.“

Die Bezugnahme auf diese Auffassung bei der Urteilsbegründung im Jahre 1993 vermag in keiner Weise zu überzeugen, da sie völlig außer Acht läßt, daß zu jener Zeit eine Frau nicht als eigenständiges Rechtssubjekt galt, sondern mitsamt ihren geborenen Kindern und ihrer Leibesfrucht unter der juristischen Vormundschaft des Mannes fiel. Seit dem jetzigen Jahrhundert aber ist die Frau selbst Rechtssubjekt und als solche Trägerin unantastbarer Grundrechte, die durch den Staat zu schützen sind.

Eine Außerkraftsetzung der Grundrechte für die Zeit der Schwangerschaft oder für schwangere Frauen Personen steht demzufolge im Widerspruch zum Wesensgehalt der Grundrechte.“

Quelle: Bundestagsdrucksache 13/vom 7.2.1995

Gesetzentwurf der PDS

Aufbruch, Abbruch, Umbruch?

Bodo Ramelow über den HBV-Gewerkschaftstag

Die Erwartungen der Delegierten zum Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen in Bremen waren äußerst unterschiedlich.

Ein Reformgewerkschaftstag konnte es nicht werden, da zuerst die Abrechnung über das Finanzgefahren der Organisation und ein Schlußstrich unter die Rücktrittsarie der ehemals kassenverantwortlichen Vorstandsmitglieder Stritter und des Vorsitzenden Schwegler gezogen werden mußten.

Zwar galt Schwegler für große Teile der Öffentlichkeit und der Presse als die Reformgestalt in den deutschen Gewerkschaften, doch Gigantomanie und wenig Sensibilität im Umgang mit der Organisation haben ihm schwindendes Vertrauen eingebracht.

Ohne die unglaubliche Aufbauleistung der HBV in den neuen Bundesländern herunterspielen zu wollen, muß man doch kritisch bewerten, daß schon mit dem Amtsantritt von Lorenz Schwegler weit vor der Grenzöffnung bei HBV der finanzielle Schlendrian fröhliche Urstände feiern konnte.

Schon 1989 waren sämtliche Teilhaushalte der Mitglieder des Geschäftsführenden Hauptvorstands (GHV) — mit Ausnahme des Haushaltes des Vorstandsmitgliedes C. Götz — regelmäßig weit überzogen. In einer gigantischen Anleihe auf die Zukunft wurde dann mit der Grenzöffnung der Traum von der supergroßen Gewerkschaft geträumt mit Zuwachsraten um einige Hunderttausend Mitglieder, und binnen kurzer Frist war unsere Führung die Führung der weltgrößten Gewerkschaft HBV, die es je gab. Stimmt, kann man heute sagen, denn wir sind immer noch die weltgrößte HBV, nur mittlerweile erheblich eingeschrumpft und mit Stößen und Krämpfen aufgeschlagen auf dem harten Boden der Realität.

In der Zwischenzeit hat uns aber ein Teil der Führung verlassen unter Veröffentlichung der Legende, daß die Gewerkschaft HBV reformunfähig sei.

In dieser Gemengelage ist es wenig verwunderlich, daß viele das Gefühl hatten, zu einem Kongreß anzukommen, der möglicherweise in einer Bruchlandung endet. Nicht wenige hofften sogar, Vergangenheitsbewältigung in der Endabrechnung bei der Entlastung des Vorstandes vermittels einer Abstimmung zu erledigen. Der Gewerkschaftstag — ein Spagat zwischen Aufbruch und Bruchlandung!

Unbestritten ist dringender denn je, daß die Gesamtorganisation HBV entripelt und reformiert werden muß.

Die „gute alte Tante HBV“ war von Anfang an eine Sturzgeburt der alten, traditionsreichen Gewerkschaften, nachdem die DAG wegen Nichtzahlung der Beiträge den DGB Anfang der 50er Jahre verlassen hat. Ihre Satzung ist eine Zusammenstückelung aus verschiedenen Industrie-Gewerkschaften und in der durchgängigen Betrachtung der traditionellen Ebenen (OV, BV, LB, HV) unlogisch und unsystematisch.

Die Rolle der ehrenamtlichen Funktionäre ist nebulös und wird häufig interessengebunden — nicht zuletzt durch Hauptamtliche — geleitet, als Schutzschild für oder gegen Veränderung.

Während 1992 auf dem Gewerkschaftstag in Mainz eine Bundesfachgruppe ohne Branchenlegitimation vorerzerte, wie man versucht, einen Vorstandskandidaten zu puschen, drohten andere Fachgruppen nach dem Rücktritt von Stritter und Schwegler mit der Neugründung einer Finanzdienstleistungsgewerkschaft.

Richtig bei diesen Vorgängen ist aber,

daß die verbindliche Rolle der Ehrenamtlichen in der HBV unter dem Aspekt der fachspezifischen Selbstbestimmung nicht definiert ist.

Es ist deshalb wünschenswert und als Arbeitsauftrag durch den Gewerkschaftstag auch beschlossen, daß Branchenvollkonferenzen zu verbindlichen Elementen werden müssen.

Mehr Fachlichkeit bedeutet aber, daß Landesfach- und Bundesfachgruppen mit allen Rechten und Pflichten ausgestattet werden müssen, um dann fachspezifisch auch Einfluß auf ihre spezielle Tarifarbeit gewinnen zu können. Dazu gehören ein entsprechender Informationsfluß und Diskussions Ebenen, auf denen fachliche Vorstellungen, tarifpolitische Vorstellungen, Branchenvorstellungen ausgetauscht, definiert und dann verbindlich entschieden werden.

Wenn die fachspezifische Verbindlichkeit eingeführt wird, müssen zwingend aber die Bezirks- und Landeskommponenten definiert werden.

Die Losung „Alle Macht der Basis“ hört sich gut an, ist aber nicht mehr stimmig, wenn es darum geht zu definieren, wo Konzernpolitik gewerkschaftlich aufgehalten, gegengesteuert bzw. entgegengehalten werden soll.

Die Bezirksverwaltungen „X“ oder „Y“ können als Bezirksvorstand nicht darüber entscheiden, wie in einem Konzern „X“ oder „Y“ bundesweit Politik gemacht werden soll.

Diesen Teil der Austerierung unserer Gesamtorganisation zwischen der horizontalen und vertikalen Betreuungsebene hat der Gewerkschaftstag nicht geleistet, konnte ihn auch nicht leisten.

Soviel Zentralität wie nötig und Dezentralität wie möglich

Im Vorfeld gab es eine Reihe von sätzungsändernden Anträgen, die sich mit der Finanzverteilung und der Aufgabenverteilung innerhalb der Organisation beschäftigten. Zu nennen seien die Anträge aus Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Nord und Thüringen.

Zwar wurde von allen Länderdelegationen, die sich an dieser Debatte mit Anträgen beteiligt haben, die Notwendigkeit der Veränderung erkannt, aber Bremen hat die Schwäche der „basisorientierten“ Kräfte aufgezeigt.

Nicht, daß diese zahlenmäßig unterlegen gewesen wären, war das Problem, sondern die Unfähigkeit dieser Kräfte, sich in einem höheren Maße abzusprechen und Interessenlagen auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen und als Änderungspakete darum zu kämpfen.

Politik in Bremen wurde nicht kraft der besseren Argumente gemacht. Entscheidungen wurden geprägt durch die Sperrminorität. Es ist gut zu wissen, daß man als Sperrminorität Politik machen kann, denn dies garantiert immer noch, daß ein Durchmarsch von oben nicht möglich ist.

Die neugewählte Vorsitzende hat immer wieder betont, daß sie den Durchmarsch von oben nicht will und auf das jeweils unterlegene Drittel aktiv zugehen möchte.

Im Vorfeld gab es Versuche, aus den genannten Landesbezirken untereinander bzw. mit anderen Landesbezirken mehrheitsfähige Anträge zur Neuordnung der Finanzen und der Betreuung hinzukriegen.

Als einer der Beteiligten muß ich resigniert feststellen, daß dieses Ansinnen immer wieder ins Leere lief.

Alle Macht der Basis — eine Leerformel, da in den einzelnen Landesbezirken niemand bereit war, über den Tel-

lerrand hinaus sich mit anderen zu einigen, welche Macht bzw. welche Teile davon für die Basis — sprich die Orts- und Bezirksverwaltungen — sein soll.

„Alle Macht der Basis“ — so könnte man all das abhandeln, was hätte entschieden werden müssen, aber nicht entschieden werden konnte, weil für die Lösungsansätze jeweils eine Zweidrittelmehrheit des Kongresses nicht zu erwarten war.

Ein Durchsetzen der basisorientierten Kräfte mit festgefügt Vorstellungen (neue Finanzverteilung 60:40 zwischen Hauptvorstand einerseits und den Landes- und Bezirksverwaltungen andererseits) war nicht möglich, weil bei den Delegierten zu wenig Klarheit über dadurch eintretende Folgen bestand.

Dies ist aber nicht eine Machenschaft der Führung, sondern die Schwäche des innergewerkschaftlichen Diskussionsprozesses um und über haupt- und ehrenamtliche Strukturen.

Deshalb ist es richtig, daß der Gewerkschaftstag auf allgemeine Weichenstellungen, verbunden mit Offenlegung (z.B. Finanzstrukturen) einen Schwerpunkt gesetzt hat. Bei einer Gesamtabrechnung sämtlicher Ausgaben im Verhältnis zu den Einnahmen und dem Verbrauch der finanziellen Ressourcen auf den jeweiligen Ebenen wird es offenbar werden, wie höchst unterschiedlich, willkürlich und zufällig sich die Finanzverteilung innerhalb der Organisation entwickelt hat.

Wenn diese harten Fakten für alle Beteiligten auf dem Tisch liegen, können dann endlich Ehren- wie Hauptamtliche darüber diskutieren, wieviel hauptamtliches Element die Gesamtorganisation sich erlauben kann und will.

Selbstverwaltungsbeiräte, Kreis-, Landes- oder Bundesvorstände, Aufsichtsräte, Verwaltungsräte, Beiräte ... Das Verteidigen des 25%-Beitragsanteils für die Bezirksverwaltungen ist längst zu einem verselbständigten Ritual geworden.

Es mußte und muß deshalb darum gehen, daß für Bezirksverwaltungen ein selbstverwalteter Etat unangetastet und in dem freien Ermessen der Ehrenamtlichen sein muß.

Der Gewerkschaftstag hat sich folgerichtig in der sehr komplizierten Beschlußfassung durchgerungen, fest umrissene Arbeitsaufgaben mit strenger Terminsetzung zu erteilen.

Einige Satzungsänderungen, die für außenstehende Leser sehr harmlos erscheinen, deuten den Weg an — nämlich Veränderungen des Finanzgebarens, Dezentralisierung der Finanzen und Dezentralisierung der Verantwortung!

Es sind deshalb in Bremen grundsätzliche Entscheidungen getroffen worden. Doch ob diese Entscheidungen etwas bewirken, wird sich erst nach dem Gewerkschaftstag zeigen. Setzt sich die Kommunikations- und Sprachlosigkeit der sich als basisorientiert definierenden Kräfte fort, wird der Weg ohne sie weitergehe, und wichtige Elemente, für die gekämpft worden ist, drohen dann verlorenzugehen. Die Chance auf Dezentralisierung und neue Aufgabenverteilung besteht jetzt, und wer nur das hohe Lied der Basis singt, ohne sich an dem Umgestaltungsprozeß aktiv zu beteiligen, verliert die Möglichkeit, wichtigen Einfluß auszuüben.

Umbruch mit Sicherheit — Aufbruch vielleicht!

Ging es bei der Vergangenheitsbewältigung verantwortungsvoll und bei der

Zukunftsbestimmung nach meinem Geschmack zu zögerlich zu, so waren einige Vorstandswahlergebnisse offenkundig geprägt durch Harmoniebedürfnis — wie ich meine — unangemessen hoch.

Bei der Debatte um die Quote oder das Frauenratsveto fiel der Kongreß hinter die Programmatik der CDU zurück.

Obwohl über 60% für eine verbindliche Verankerung einer Quotenregelung in der Satzung waren, reichte dies nicht (2/3) zur Satzungsänderung. Daß dieser Konflikt aber im Halbdunkel geheimer Abstimmungen (nicht) stattfand, wirkt schlagartig ein Licht auf die Diskussionskultur in solchen Kongressen.

Kabarettreißer wurde die Angelegenheit, als der Kongreß entschied, den regelmäßigen *Ausblick* als Mitgliederinformationsmedium abzuschaffen.

Fazit

Die alten Ordnungspole eines derartigen Kongresses — wie links, rechts, oben, unten — greifen nicht mehr Platz.

Das Ende des Kalten Krieges, das Ende der DDR, die Sprachlosigkeit des linken Spektrums, die Verständnislosigkeit zwischen West- und Ostdelegierten lassen uns nackt und bloß erscheinen. Die großen Entwürfe, um die auf früheren Kongressen gerungen wurde, sind belanglos geworden. Die Gewerkschaften sind in einem gefährlich empfindlichen Zustand. Jede moralische Verwertung von Führenden (Steinkühlersyndrom) und jede Niederlage, nicht nur im Osten, aber dort speziell, kann zu erheblichen Eruptionen führen. Am druckempfindlichsten sind die Gewerkschaften beim Beitrag, und jeder Mitgliederverlust führt zum nachhaltigen Finanzverlust. Der Kapitalismus ist so, wie er ist, und Gewerkschaften haben in der jetzigen Phase eine genauso wichtige Daseinsberechtigung wie vor 100 Jahren, als sie als Schutzgemeinschaft der abhängig Beschäftigten gegründet wurden. Das Äquivalent für sich selbst organisierenden Schutz von abhängig Beschäftigten kann und darf aber nicht die hauptamtlich bezahlte Gewerkschaftsarbeit sein.

Der Apparat darf lediglich zur Unterstützung und Optimierung dienen, und nicht umgekehrt.

Unklarheiten und Unschärfen in der Sichtweise durch ehrenamtliche Delegierte hängen aber ursächlich mit einem Prozeß zusammen, in dem bis jetzt weder eine einheitliche gesamtdeutsche Linke entstanden ist oder in dem es gelingen könnte, nachhaltig Ost-/West-Trennungen und -Spaltungen zu überwinden.

Bremen hat Grundlagen gelegt, die einen Umbruch bewirken und einen Aufbruch ermöglichen. Die Arbeit nach dem Kongreß in Bremen beginnt erst. Wunden, die in Bremen (teilweise völlig unnötig) geschlagen wurden, müssen bearbeitet werden, so daß sie heilen können, und falsche Entscheidungen wie die *Ausblick*-Entscheidung müssen mit praktischen Antworten korrigiert werden. Ein produktiver Meinungsstreit muß organisiert werden, und es war noch nie so dringend, ein Diskussionsforum bundesweit in Form einer Funktionärszeitung mit Organisations- und Fachthemen zu haben.

PS: Auch nach der jetzt eingeleiteten Etappe steht eine Vision, denn aus der guten alten HBV könnte eine Keimzelle der GdPD (Gewerkschaft der Privaten Dienste) entstehen.

Bodo Ramelow ist Landesvorsitzender der HBV in Thüringen. Sein Beitrag wurde aus Platzgründen gekürzt.

Dinis „Regierung der Fachleute“ für Italien

Rifondazione comunista kündigt weitere Opposition an

Von Rolf Köhler

In Abgeordnetenversammlung und Parlament hat die neue italienische Regierung Dini im Januar eine Mehrheit gefunden: Zustimmung von der Volkspartei (PPI), der Lega und den Linksdemokraten (PDS), verhaltene Zustimmung bzw. Enthaltung von Berlusconi Forza Italia und der neofaschistischen Nationalen Allianz. Alle diese Parteien glauben, ihre nächsten politischen Ziele unter dieser Regierung verfolgen zu können: Berlusconi und die Faschisten möglichst baldige Neuwahlen, von denen sie „Revanche“ und Rückkehr in die Regierung erwarten; die anderen im Gegenteil möglichst viel zeitlichen Aufschub bis zu Neuwahlen, um die politische Lage, die nach wie vor als für die Rechten günstig gilt, zu wenden.

Gegenstimmen und damit erklärte Opposition zur Regierung Dini kamen nur von der Partei der kommunistischen Neugründung, Rifondazione comunista.

Mit der Nominierung Dinis hat der Staatspräsident Scalfaro den diskreditierten Berlusconi abgelöst und dennoch eine (rechte) politische Kontinuität gewahrt, die von bisherigen Oppositionsparteien gestützt wird. Eine demo-

war vorausgegangen. Die kritische Position des Rifondazione-Parteivorstands bezüglich der Bildung der neuen Regierung war auf Widerstand gestoßen. Während die Parteigliederungen die Position des Sekretärs und (mehrheitlich) des Vorstands teilten, waren die Parlamentsfraktionen nach Aussage Bertinottis darüber „in der Mitte gespalten“.

Die Auseinandersetzung ging um das Wie der Koalitions- und Regierungsbildung nach dem Sturz Berlusconi. Insbesondere die Linksdemokratische Partei (PDS) und ein Teil der Medien übten auf die Rifondazione-Parlamentarier heftigen Druck aus: Verschiedene politische Szenarien wurden aufgebracht, wie eine angeblich drohende Rückkehr Berlusconi an die Regierung durch ein „Mitte-Links-Bündnis“ unter konservativen Vorzeichen verhindert werden sollte. Dafür sollten die Stimmen der Rifondazione-Parlamentarier entscheidend sein und sollte Rifondazione politisch in die „Mitte“ rücken. Außerdem sollte Rifondazione auf die Forderung nach „vorgezogenen“ Neuwahlen verzichten, weil Berlusconi und Alleanza nazionale „unverzügliche“ Neuwahlen

Dokumentiert: Rifondazione comunista

Nein zur Regierung Dini

Bei der Vertrauensabstimmung in der Abgeordnetenversammlung begründete Fausto Bertinotti, Sekretär von Rifondazione comunista, das Nein der Partei zur Regierung Dini.

„Der Ministerpräsident Dini hat eine Rede der Kontinuität mit der Regierung Berlusconi gehalten: ein konservatives Programm, dessen Finanzmanöver die Arbeiter und die Rentner bedroht. Unsere Opposition rührt schon von der Kandidatur Dinis her, dem Schatzminister der Regierung Berlusconi und der treibenden Kraft bei der Erstellung ihres Finanzgesetzes. Wir kritisieren sehr den Gedanken, daß eine für das Land schwierige politische Krise in der Technik statt in der Politik gelöst werden kann.“

Agnelli für's Äußere, ein General für's Militär

Und was für Techniker? Die mit Wirtschaft befaßten Minister sind es, aber parteiisch, konservativ: eine echte frei-marktwirtschaftliche Truppe. Mit einem Verstoß gegen die ungeschriebenen Regeln unseres Landes (und vielleicht nicht nur des unseren): Verteidigungsminister wird ein General, Corcione, der gegen die Wehrdienstverweigerung heftigen Widerstand leistete und sie fast außerhalb unserer moralischen Ordnung stellte und der in schüchternen Formen von Demokratie in den Kasernen Grund zu Alarm gesehen hat.

... Die Inhalte (des Programms) sind genau die der vorhergehenden Regierung: ein frei-marktwirtschaftliches Rezept, das alles dem Markt und dem Aufschwung anvertraut. Lassen Sie mich sagen, Herr Ministerpräsident, das ist erschütternd, weil diese Vorstellung schon mit den Kämpfen im Herbst gescheitert ist; und sie ist in den ökonomischen Ergebnissen gescheitert, wie die Entwicklung der Arbeitslosigkeit (auf 12 %) und die der Währung zeigen.“

Bertinotti kritisierte dann, daß die Regierung auf die wachsende Arbeitslosigkeit mit Flexibilisierung der Arbeit antwortete: unbeschränkte Ausweitung der befristeten Arbeitsverhältnisse; Neuordnung der Stellenvermittlung, die es in Wirklichkeit nicht mehr gebe; Ausleihung von Arbeitskraft.

„Und was haben Sie zum Mezzogiorno zu sagen? Einige Infrastrukturwerke bis hin zum Projekt des Hochgeschwindigkeitszugs, der dem Mezzogiorno nicht hilft und die Umwelt zerstört, anstatt großer öffentlicher Interventionen, einer großen Mobilisierung von Ressourcen, Energien und Innovation. Sie bemerken die dramatische Lage der Bevölkerung nicht einmal, wenn sie von der Überschwemmung (im Piemont) reden.“

... Der Ministerpräsident hat erklärt, daß das Finanzmanöver gemacht werden soll durch Kappung der Ausgaben und Eingriffe bei den Einnahmen (bei den Renten). Die öf-

fentlichen Ausgaben anrühren, würde heute bedeuten, nur die Schwächsten zu treffen. Und ein Manöver, das sich vorrangig auf die indirekten Steuern stützt, hat eine Größenordnung von 800 000 Lire (ca. 800 DM) im Jahr für jede Familie. Für die Familie, das sage ich ohne Demagogie, des Arbeiters von (Fiat) Mirafiori wie für die von Agnelli, weil die indirekten Steuern undifferenziert wiegen. Von einem Einkommen von monatlichen 1,4 Mio. Lire (1 400 DM) ca. 60 000 Lire im Monat wegzunehmen, bedeutet, die erste Stufe einer Tarifierhöhung wegzunehmen.

War das ein zwingendes Ergebnis? Nein. Wir haben den Sturz der Regierung Berlusconi für wichtig gehalten, und es war richtig, alles zu tun, daß diese Regierung nicht zurückkommt. Es ist auch die Gefahr des Wachstums einer Rechten mit subversiven Merkmalen ans Licht gekommen in einer politisch-programmatischen Auseinandersetzung, die politisch-institutionell wurde bis hin zur Einbeziehung des höchsten Staatsamts. Eine Gefahr, die auch in anderen Ländern Resonanz findet, aber besonders schwerwiegend in Italien, in dessen Geschichte es immer die Gefahr des Umstürzertums der leitenden Klassen gibt. Eine Gefahr, die Form und Konkretheit gewinnt, indem sie den Antikommunismus als kulturelle Basis annimmt, die radikale Marktwirtschaft als Programm, die plebiszitäre Demokratie als Form ... Es gibt jedenfalls die Gefahr einer Diktatur der Minderheit, das Gegenteil der Demokratie. Wie kann man sie bekämpfen? Indem man die Teilnahme der Massen am politischen Leben wiederherstellt, ihre Organisation in den Parteien, in den Gewerkschaften, indem man eine Alternative der Gesellschaft und des Lebens schafft und eine Verbindung zwischen den großen demokratischen und sozialen Fragen herstellt. Dazu wenden wir uns an die demokratischen Kräfte ...

Dieser Ausgang der Krise ist das Produkt der schweren und drückenden Erbschaft der Regierung Berlusconi, der aufkommenden Gefährlichkeit einer Rechten mit subversiver Kennzeichen, aber auch — wir wollen das mit intellektueller Ehrlichkeit sagen — von Irrtümern der Linken.“

Als solchen Fehler in der Linken bezeichnete Bertinotti die Weigerung der Linksdemokraten, sich mit Neuwahlen an die Bevölkerung zu wenden, wodurch die Fahne der Neuwahlen den Rechten überlassen worden sei. Rifondazione sei über die Spaltung in der Linken besorgt, weil die Arbeiter und Rentner die Einheit brauchten. Zwischen den Parteien der Progressisti und den Gewerkschaften müßten Übereinstimmungen und Ziele bei Beschäftigung, Umwelt und vor allem bei Finanzmanövern und Renten gefunden werden. Bei künftigen Wahlen sei ein Bündnis aller demokratischen Kräfte nötig, um der subversiven Rechten Einhalt zu gebieten.

Quelle: *Liberazione*, 5. 2. 95

Berlusconi vor dem Spiegel, aus dem ihm (der ältere) Dini entgegenschaut: Was habe ich euch gesagt? In zehn Monaten Regierung bin ich zehn Jahre gealtert. — Die Karikatur der Zeitung „Repubblica“ greift einen Ausspruch Berlusconi auf und deutet damit eine Kontinuität zu Dini an.



kratische Alternative zu Berlusconi ist die Regierung Dini aber nicht. An die Stelle der Berlusconi-Regierung mit ihren fünf Ministern aus der neofaschistischen Alleanza nazionale ist ein Kabinett der „Techniker“, der „Fachleute über den Parteien“ getreten. Das große industrielle und Finanzkapital hat damit seinen Einfluß auf die Regierungstätigkeit gewahrt und neu geordnet.

Dini, der im Kabinett Berlusconi Schatzminister war und Forza Italia nahesteht, war früher Funktionär des Weltwährungsfonds und lange Zeit Vizechef der Bank von Italien. Außenministerin ist die Schwester des Fiat-Chefs Agnelli, die selber Aktionärin des größten Privatunternehmens ist. Das Verteidigungsministerium ist erstmalig in der Hand eines Generals, das Militär stellt seinen eigenen politischen Leiter. Was da populistisch als „Regierung der überparteilichen Fachleute“ daherkommt, verstößt gegen elementare parlamentarische Grundsätze.

Fausto Bertinotti, Sekretär von Rifondazione comunista und Abgeordneter, hat vor der Kammer des Parlaments die Gründe vorgetragen, warum Rifondazione gegen die Dini-Regierung stimmte (s. Kasten). Auch wenn fast alle Rifondazione-Parlamentarier schließlich gegen Dini stimmten — eine schroffe interne Auseinandersetzung über den Kurs der Partei in der Regierungskrise

fordern. Der tatsächliche Gang der Ereignisse, die Installation der Regierung Dini, hat gezeigt, daß diese Szenarien nicht realistisch waren.

Das Nationale Politische Komitee von Rifondazione unterstützte schließlich mit 213 gegen 11 Stimmen bei 29 Enthaltungen die (mehrheitliche) Position des Parteivorstands: Opposition gegen die Regierung Dini; Forderung nach einer „Garantieregierung“, die in der Vorbereitung von Neuwahlen demokratische Mindestbedingungen wie eine Antitrust-Gesetzgebung (gegen politisch-monopolistische Bestrebungen wie von Berlusconi) sichert; Fortsetzung der sozialen Mobilisierung aus dem letzten Herbst, um zu verhindern, daß sich eine zunehmend subversive Rechte demagogisch an die Spitze eines breiten sozialen Protests gegen unpopuläre Regierungsmaßnahmen setzen kann und darüber einen neuen großen Wahlsieg erringt; Verständigung in der zerstrittenen Linken, also vor allem mit den Linksdemokraten und innerhalb der Gewerkschaften, über zentrale demokratische und soziale Anliegen.

Gegen die Regierung des Ministerpräsidenten Dini, des Urhebers der verhassten Rentenreform des letzten Herbstes, haben die Rifondazione-Parlamentarier dann fast einhellig gestimmt. Die Debatte um den Kurs der Partei ist damit nicht zuende.

In der Nacht auf Sonntag, den 5. Februar 95, starben vier Roma in Oberwart, im östlichsten österreichischen Bundesland Burgenland, bei der Detonation einer Rohrbombe. Diese war am Stiel einer Tafel mit der Aufschrift „Roma zurück nach Indien!“ in der Erde vergraben; als die vier Männer im Alter zwischen 18 und 40 Jahren das Schild auszugraben versuchten, detonierte die Bombe und zerriß alle vier. Nur einen Tag später wurde in der ausschließlich von kroatischen Leuten bewohnten Gemeinde Stinatz, unweit von Oberwart, einem kroatischstämmigen Müllarbeiter die Hand abgerissen, als er einen Papiercontainer entleeren wollte, in dem eine weitere Bombe versteckt war.

Die Reaktion der Polizei auf die Sprengfalle von Oberwart bestand zunächst einmal darin, daß angenommen wurde, die Roma selbst hätten mit einer Bombe hantiert, um das Schild in die Luft zu sprengen. Noch am Sonntagabend gegen 18 Uhr wurden sämtliche Häuser der Romasiedlung am Rande von Oberwart von 45 Polizisten durchsucht. Im Laufe des Montags kam man dann nicht mehr umhin zuzugeben, daß die kriminalisierten Roma nicht Urheber, sondern Opfer des Bombenanschlags waren. Zu der Tat bekannte sich eine „Bajuwarische Befreiungsarmee (BBA)“ in einem neunseitigen Bekenner schreiben, das mit historischen Bezügen nur so gespickt ist.

Die „Bajuwarische Befreiungsarmee“ firmierte bereits als Absender, als im August 1994 einem Sprengstoffexperten der Polizei beide Arme abgerissen wurden bei dem Versuch, eine Bombe zu entschärfen, die am Tag davor an der Mauer einer zweisprachigen (deutsch/slowenischsprachigen) Schule in Klagenfurt deponiert worden war. Auch im Oktober 94, als weitere vier Briefbomben entdeckt und diesmal rechtzeitig entschärft wurden, firmierte die „Bajuwarische Befreiungsarmee“ als Absender, neben „Graf von Starhemberg“. Beim jüngsten Mal nun

ist weiterer Unterzeichner „Friedrich II der Streitbare, Herzog von Österreich, Steiermark und vier Burgenland“. Graf von Starhemberg verteidigte 1683 Wien gegen das türkische Heer, Friedrich II. kämpfte einst gegen die Mongolen.

Extrem auffällig ist das zeitliche Zusammenfallen der Bombenkampagnen mit Neonazi-Prozessen vor österreichischen Strafgerichten. Die erste Serie von Briefbomben im Dezember 1993 folgte unmittelbar auf die erste Verurteilung des Chefs der militanten Nazi- bande „VAPO“ (Volkstreue Außerparlamentarische Opposition), Gottfried

bereits zu den Hintergründen, welche klar werden lassen, warum die österreichische Naziszene auf einem so erschreckend hohen Niveau durchgeplanten Terror auszuüben in der Lage ist: Hinter ihr steht eine der einflußreichsten und bestverankerten rechtsextremen Parteien in Europa. Obwohl einerseits in den breitesten Kreisen der Gesellschaft in weit geringerem Maße als „extrem“ stigmatisiert als etwa die REPs oder ein Günter Deckert in Deutschland, obwohl viel moderner und mit Heute-Bezug daherkommend, hat diese Partei dennoch gleichzeitig auch weit

man bei den Ermittlungen jedoch im Sande verlaufen.

Und selbst Gottfried Küssel himself begann seine Karriere bei der FPÖ. Im Jahre 1980 kandidierte er bei einer Kommunalwahl auf der Liste der FPÖ in Payerbach an der Rax. Zu dieser Kandidatur überredet hatte ihn ein hoher FPÖ-Funktionär: Harald Ofner, seinerzeit Justizminister und Landeschef der FPÖ Niederösterreich. Ofner, ehemals Mitglied im Bund Heimattreuer Jugend (BHJ), stand auch auf einer Liste der „Aktion Neue Rechte“ (ANR) — entgegen ihrem „neu-rechten“ Namen eine knallhart NSDAP-orientierte Truppe, die vor allem in den Jahren 1976-79 die Universitäten terrorisierte. Diese Liste enthielt Personen, die im Fall der Verhaftung von Naziterroristen und ähnlichen Problemen „im Notfall zu verständigen“ waren.

Bombenterror gegen Roma in Österreich

Bernhard Schmid über braune „Bewegung“ und FPÖ

Küssel, zu 10 Jahren Haft. Drei Tage vor den jüngsten Briefbomben, am Donnerstag, den 2.2.1995, hatte die Wiener Staatsanwaltschaft Anklage gegen drei Neonazis erhoben wegen der Briefbombenserie vom Dezember 93, die u. a. dem (vor kurzem aus dem Amt geschiedenen) Wiener Bürgermeister Helmut Zilk drei Finger abriß, unter ihnen Peter Binder und Franz Radl junior. Franz Radl jr. hatte im November 93 in einer deutschen Neonazi-Postille offen dazu aufgefordert, „10 Briefe für 10 Jahre Küsselhaft“ zu versenden. (Vgl.: Wolfgang Purtscheller in *junge Welt*, 7.2.95; Bernd Siegler in *taz*, 8.2.95)

Im Hintergrund: die Haider-Partei

Die genannten Namen führen uns auch

bessere Drähte ins militanteste, offen gewalttätige Neonazi-Spektrum hinein als jedenfalls die „Republikaner“. Die Rede ist von der Partei des Jörg Haider, die bis Anfang dieses Jahres FPÖ (Freiheitliche Partei Österreichs) hieß.

Militante Neonazis der „VAPO“ beteiligten sich aktiv an der Unterstützung des durch Haider eingeleiteten Anti-Ausländer-Volksbegehrens „Österreich zuerst!“ Anfang 1993. Zu jener Zeit spielte der VAPO-„Kaderleiter“ Peter Binder den „Leibwächter“ des Jörg Haider. Peter Binder wurde im Dezember 93 beim Transport von Gewehren, Pistolen und Substanzen zur Nitroglyzerin-Herstellung nach Berlin in der Tschechischen Republik verhaftet. Bei sich trug er auch ein Notizbuch mit Adressen militanter deutscher Neonazis, die Spur zu Arnulf Priem, Bendix Wendt und Ekkehard Weil in Berlin ließ

Haider verharmlost KZs

Nach den jüngsten Bombenanschlägen lieferte Haider wieder eines seiner berühmten Bonmots, nach dem von der „ordentlichen Beschäftigungspolitik“ im NS-Staat (1991): Als „Straflager“ bezeichnete er in einer Parlamentsdebatte am Mittwoch, den 8. Februar 95, die Vernichtungslager, in die Roma und Sinti unter dem Nationalsozialismus deportiert wurden. Ein nicht unwichtiger Unterschied: Wer in einem „Straflager“ sitzt, wird für irgend etwas bestraft, ist also „selbst schuld“, ja kriminell. Ob die offizielle Empörung einen Rückschlag für Jörg Haider mit sich bringen wird, bleibt abzuwarten. Pessimismus ist jedoch angesagt.

Bernhard Schmid ist Autor der „Antifaschistischen Nachrichten“. Sein — aus Platzgründen hier stark gekürzter — Artikel erscheint gleichzeitig ungekürzt in den „Antifaschistischen Nachrichten“ 4/95.

Mexikanischer Alptraum

Die mexikanische Regierung mit dem Rücken zur (Kredit-)Wand Von Jutta Klab

Die Regierung von Mexiko wird die Zapatisten eliminieren müssen, um ihre effektive Kontrolle über ihr Staatsgebiet und die Sicherheitslage zu demonstrieren.“ Die offene Sprache des internen Memorandums der US-amerikanischen Chase Manhattan Bank macht deutlich, daß die Gläubigerbanken und -institutionen um ihre Profit-Sicherheitslage besorgt sind und neue Forderungen formuliert haben, die über die IWF-üblichen hinausgehen. Und das trotz aller späteren Erklärungen über die „persönlichen Analysepositionen“ des Memorandum-Autors. Die Gläubigerbanken hatten Mexiko einen Kredit von 51 Milliarden US-Dollars gewährt.

Mexikos Präsident Zedillo wollte mit einem Gewaltschlag nach außen und innen Handlungsfähigkeit und Kontrolle demonstrieren, so die aktuelle Charakterisierung der militärischen und polizeistaatlichen Offensive. Zedillo in seiner Kriegserklärung an die EZLN:

„Während meine Regierung auf vielfältige Art und Weise ihren Verhandlungswillen demonstrierte, bereitete die EZLN neue und intensivere gewalttätige Aktionen vor. Nicht nur in Chiapas, sondern auch in anderen Teilen des Landes. Gestern, 8.2., fand die Bundesanwaltschaft zwei geheime Waffenlager der EZLN in Mexiko-Stadt und im Bundesstaat Veracruz ... Die Untersuchungen ergaben, daß die EZLN dabei war, neue Gewaltakte zu begehen. Die

gefundenen Beweise machen deutlich, daß weder die soziale Zusammensetzung noch die Herkunft oder die Ziele der Führung etwas mit den Indigena-Gemeinden und ihren Problemen zu tun haben. Dies ist eine Guerilla-Gruppe, die aus den „Fuerzas de Liberacion Nacional“ (Nationale Befreiungskräfte) hervorgegangen ist, einer 1969 in einem anderen Bundesstaat gegründeten Gruppe, deren Ziel es war und ist, mit Hilfe des bewaffneten Kampfes die politische Macht zu ergreifen. Um die Bevölkerung zu schützen und neue Gesetzesverletzungen ebenso wie neue Gewalttätigkeiten der EZLN zu verhindern, mußte die Regierung ihre verfassungsmäßige Pflicht wahrnehmen, die Sicherheit der Mexikaner zu garantieren und den sozialen Frieden zu erhalten ... Ich rufe alle politischen Parteien und sozialen Organisationen auf, vor allem die Indigena- und Bauernorganisationen in Chiapas, dazu beizutragen, die Bedingungen für den sozialen Frieden wiederherzustellen, die die Entwicklung unseres Landes verlangt.“

Auf dem Höhepunkt seiner Rede demonstrierte Zedillo den Subcomandante Marcos. Er wollte zudem die Zapatistas als eine Gruppe darstellen, die von Terroristen und gewöhnlichen Kriminellen manipuliert wird. Dieser Versuch war auch schon 1994 unter Salinas gescheitert.

Und die Beruhigung der internationalen Finanzmärkte, die Zedillo sich vielleicht erhoffte, trat ebensowenig ein.

Auch die Proteste der Opposition flauten nicht ab.

Während am vergangenen Mittwoch der mexikanische Peso weiter abstürzte und in den darauffolgenden Tagen auch den US-Dollar im internationalen mörderischen Währungspoker mitriß, formierten sich in Mexiko-Stadt erneut Zehntausende von DemonstrantInnen an zwölf verschiedenen Ausgangspunkten. Sie protestierten auf dem Zocalo gemeinsam gegen die militärische Lösung und forderten eine politische Lösung der Krise.

Bereits am Abend zuvor (14.2.) hatte Zedillo im Fernsehen erneut „Versöhnungsbereitschaft“ signalisiert und die Weichen für seine aktuelle Doppel-Strategie gestellt:

— Der am 8. Dezember 1994 in Anwesenheit von Zedillo in sein Amt eingeführte chiapanekische Gouverneur Eduardo Robledo, der im Dezember 1994 in Anwesenheit von Zedillo in sein Amt eingeführt worden war, trat zurück. Die EZLN und die mexikanische Opposition hatten immer wieder seinen Rücktritt gefordert. Nun wurde er faktisch abberufen.

— Die Regierung bot der EZLN neue Verhandlungen an: das bedeutet der EZLN-Führung, die noch immer per Steckbrief gesucht wird. Zedillo wollte angeblich zu einem „gerechten und dauerhaften Frieden“ kommen.

— Dem Parlament wurde ein neues „Amnestie-Gesetz“ zur Abstimmung vorgelegt, das alle Zapatistas umfassen

soll. Die als Terroristen gesuchten ebenso wie die seit Beginn der militärischen Offensive und Repressionswelle Verhafteten.

— Die Armee hält weiterhin das ehemalige EZLN-Gebiet besetzt, soll dort jedoch keine „offensiven Operationen“ mehr unternehmen. Sie will angeblich lediglich mit Patrouillen „Gewalttaten“ verhindern. Der nationalen und internationalen Presse jedoch wird weiterhin der Zutritt zum EZLN-Gebiet verweigert, zumindest jedoch erschwert.

Ungeachtet der verbalen Friedensangebote verliert Zedillo — parallel zum Peso — an Glaubwürdigkeit. Vergangenes Wochenende demonstrierten in Mexiko-Stadt und in sechs anderen Bundesstaaten Hunderttausende für den sofortigen Abzug der mexikanischen Armee aus den besetzten zapatistischen Gemeinden in Chiapas, als Voraussetzung für eine mögliche neue Verhandlungsrunde. Sie forderten die Freilassung der zahllosen Inhaftierten, deren genaue Zahl unbekannt ist. Sie protestierten gegen die zunehmende selektive Repression.

Die Zeit drängt. Die kurzfristig eingeforene militärische Offensive hat deutlich gemacht, daß sich die mexikanische Regierung alle Optionen offen hält. Sie will „Handlungsfähigkeit“ demonstrieren. Die Gefahr eines Bürgerkriegs besteht weiter.

Abdruck mit freundlicher Genehmigung der Redaktion der „SoZ“

Zweifel am Geständnis von M. Gartmann Prozeß um den fünffachen Mord von Solingen

Düsseldorfer Gericht hält an Einzeltäterversion fest. Ein Beitrag von Ulrich Sander

Totenstill ist es, nachdem Wolfgang Steffen, der Vorsitzende Richter im Düsseldorfer Prozeß um den Solinger Brandanschlag, die Worte gesprochen hat: „Man fragt sich dauernd, ob Ihr Geständnis richtig ist.“ Rechtsanwalt Sigmund Benecken ringt um Fassung. Er hatte gerade den Versuch abgewehrt, „seinen“ Angeklagten Markus Gartmann, dem die Worte des Richters galten, mit direkten Fragen zu bedrängen.

Markus Gartmann, der einzige nach dem Erwachsenenstrafrecht abzuurteilende Angeklagte, hat mit seinem Geständnis die Feindseligkeit der übrigen Verteidiger und der drei Mitangeklagten auf sich gezogen, die die gemeinsame Tat abstreiten, bei der in der Nacht auf den 29. Mai 1993 in Solingen fünf türkische Frauen und Mädchen Opfer des mörderischen Rassismus wurden. Rechtsanwalt Benecken, der in diesem Verfahren immer wieder versucht, den Regisseur zu spielen, macht in einer Erklärung auf Mitleid. Gartmann sei doch geständig, warum nur glaube auch der 6. Senat des Oberlandesgerichts dem jungen Mann nicht mehr, der doch so große Schwierigkeiten habe, sich zu artikulieren.

Benecken möchte, daß sein Mandant sich möglichst überhaupt nicht artikuliert, es sei denn in der Form der mit ihm abgesprochenen Texte. Als er einmal Gartmann in der Justizvollzugsanstalt in einem nicht überwachten Gespräch mit seiner Schwägerin antraf, da hatte er ihn nach Zeugenaussagen angeherrscht: „Wenn Du jetzt widerrufst, dann bekommst Du lebenslang.“ Die Richter bohren heute nach: Wann wird das Geständnis endlich vervollständigt? Welche Rolle spielte der Bruder des Angeklagten Christian Buchholz? Was passierte in der Stunde nach der Tat? Warum schweigen sowohl Gartmann als auch der sich als Alleintäter ausgebende Christian Reher zur Frage, ob Stefan Buchholz dabei geholfen hat, einen Brandbeschleuniger zu beschaf-

fen und später ein Alibi, und dies zu einer Zeit, da noch niemand die Vier verdächtigte?

Gartmann wiederholt auf diese Fragen nur, er habe alles vollständig ausgesagt. Vor allem bleibt er dabei, daß die vier Angeklagten die Tat spontan, allein und ohne Anleitung begingen. Auf einem Polterabend vor der Tat sei es zu Handgreiflichkeiten mit Ausländern gekommen, weshalb man etwas gegen Ausländer unternehmen wollte. Den Buchholz Nr. 2 habe er „nicht belasten“ wollen. Womit für den Beobachter nicht gesagt ist, daß Stefan Buchholz mit der Sache nichts zu tun hat. Und woher der Brandbeschleuniger stammte, dazu wollte Gartmann nichts Zusätzliches sagen.

Richter Steffen: „Hat Reher ihn vorher zu rechtgelegt, etwa nach dem Motto: In 14 Tagen passiert etwas?“ Gartmann und Reher schweigen dazu.

Stefan Buchholz ist an diesem Morgen das zweite Mal vernommen worden. Er spielt tatsächlich eine nicht geklärte Rolle, hatte am Tag nach der Tat merkwürdige Aktivitäten zur Verdunklung entfaltet und dann, als sein Bruder im

Knast war, offenbar den Kontakt zur Solinger neofaschistischen Szene aufrechterhalten. Und zwar, indem er Briefe von Christian Buchholz an Neonazis weitergab und ein Alibi für die Angeklagten Felix Köhnen und seinen Bruder besorgte. Es wird aus den Akten verlesen, daß der Angeklagte Christian Reher vor der Polizei über eine mögliche Tatbeteiligung des Stefan Buchholz ausgesagt hat: Darauf wolle er „jetzt“ nicht antworten.

Vier Wochen zuvor hatte Christian Reher, der angebliche Alleintäter, einen persönlichen Brief an den Vorsitzenden des Strafsenats geschrieben, der Hoffnungen

auslöste, der Prozeß könne nun bald zu Ende gehen. „Mir ist in der Haft klargeworden“, heißt es darin, „daß alle Menschen gleich sind. Ich mache keine Unterschiede mehr zwischen Deutschen und Ausländern. Dies ist keine Schleimerei, sondern meine eigene Meinung.“

Doch auf die Frage nach Einzelheiten des Tathergangs blieb Reher wiederum einsilbig: „Mehr möchte ich zur Zeit nicht sagen.“

So bleibt dem Senat und der Bundesanwalt-

schaft nur übrig, die Beweislage zu verbessern. Und das wird von Verhandlungstag zu Verhandlungstag schwieriger. Denn beim gewollten oder versehentlichen Vertuschen der Tathergänge wurde am Brandort ganze Arbeit geleistet. Da treten vor dem Gericht Sachverständige auf, die den Tatort nie oder nur dann gesehen haben, als das Spurenbild am abgebrannten Türkenhaus schon gründlich verändert worden war. Das Haus selbst ist inzwischen beseitigt worden. Ein Gefäß, in dem sich das Terepentin-Benzin-Gemisch, der Brandbeschleuniger, befunden haben könnte wurde nie gefunden. Entweder wurde es oder wurde von dem ersten am Tatort eintreffenden Gutachter einfach mit dem Schutt beseitigt.

Wenn von diesen „Pannen“ die Rede ist, fühlt sich mancher Beobachter an die Tage erinnert, da der heute offen mit den Rechtsextremisten sympathisierende Generalbundesanwalt von Stahl (FDP) den Fall Solingen an sich zog, aber bald darauf wegen der Pannen bei der RAF-Verfolgung in Bad Kleiner gehen mußte. In diesen Tagen hatten VVN-Bund der Antifaschisten, die nordrhein-westfälischen Grünen und mehrere Gewerkschaftssekretäre ein Dienstaufsichtsbeschwerde gegen von Stahl gerichtet. Wider besseres Wissen habe von Stahl die bisher verhafteten vier Tatverdächtigen, die heutigen Angeklagten, als Einzeltäter ohne rechtsextremistischen Hintergrund bezeichnet, obgleich sie Mitglieder einer ultrarechten Kampfsportschule gewesen seien, wo sich in der Brandnacht Rechtsextremisten aus ganz NRW getroffen hätten, hieß es in der Beschwerde. Der Betreiber der Schule wurde später als V-Mann des VS enttarnt.

Auch jetzt, im Februar 1995 im Düsseldorfer Gerichtssaal, wird an der Einzeltäterversion festgehalten. Stefan Buchholz bleibt unvereidigt — aber er wird auch nicht in Haft genommen. Weitere und andere als die Vier sollen und dürfen es offenbar nicht gewesen sein.



Zur Einweihung von Kohls Gedenkstätte in der Neuen Wache in Berlin



Wyhl/Freiburg. Mit einem Waldspaziergang, Diskussions- und Kulturveranstaltungen ist am letzten Wochenende in der Region Wyhl des 20jährigen Widerstands gegen den Bau des Atomkraftwerk gedacht worden. Das Atomkraftwerk konnte nie gebaut werden. (Bild: 1975)

17. IG-Metall-Jugendkonferenz: Beschluß zu Kurdistan

Sprockhövel. Vom 25.-28.1.1995 fand in Sprockhövel die 17. Jugendkonferenz der IG Metall statt. Noch vor drei Jahren, auf der 16. Jugendkonferenz, wurde kein Antrag zum Thema Kurdistan beschlossen. Auch in dem Leitantrag des Jugendausschusses beim Vorstand der IG Metall für die diesjährige Konferenz zum Thema internationale Solidarität tauchte der Befreiungskampf des kurdischen Volkes nicht auf. Ein Antrag des OJA Marburg, der vorlag, forderte konkrete Unterstützungsarbeit für die kurdische Befreiungsbewegung ein, wurde jedoch noch vor der Konferenz aufgrund innerorganisatorischer Auseinandersetzungen wieder zurückgezogen. Auf der Konferenz wurde dann jedoch ein zu dem Marburger Antrag vorliegender Änderungs- und Ergänzungsantrag von den ca. 200 anwesenden Delegierten bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen verabschiedet. In dem Antrag heißt es u. a.:

„Eine demokratische Bewegung wie unsere Gewerkschaft kann nicht die Augen verschließen, wenn Menschen in der Türkei mit Füßen getreten, wenn

dem kurdischen Volk das Recht auf Selbstbestimmung verweigert wird.

Die 17. Jugendkonferenz der IG Metall fordert:

- Solidarität mit dem kurdischen Volk, für sein Selbstbestimmungsrecht
- Beendigung der pauschalen Kriminalisierung kurdischer Vereine und Organisationen durch Innenminister Karther.

- Verzicht auf Abschiebung von Kurden und Kurden in die Türkei...

- Einstellung deutscher Waffenlieferungen an die Türkei...

aus: „Kurdistan-Rundbrief“ Nr. 4/95

Hessische GEW schließt Streik nicht mehr aus

Frankfurt. In einer Stellungnahme des Landesvorstandes vom 20.1. heißt „In der zentralen Frage der Sicherung des Bildungsstandards bei steigendem Bedarf gibt es für die hessische GEW den politischen Parteien derzeit keine Bündnispartner... Alle Pläne, die aus welcher Partei, die sich abzeichnen die Misere im Bildungsbereich über Arbeitszeitverlängerung für Lehrkräfte und überfüllte Klassen zu lösen, die GEW Hessen entschieden ab.“

NIEDERSACHSEN

Bündnis 90/Grüne zur Drogenpolitik

Bündnis 90/Die Grünen hat im Oktober 94 einen Antrag zur „Weiterentwicklung einer nichtrepressiven vernunftorientierten Drogenpolitik“ eingebracht.

Ausgangspunkt war das Scheitern der repressiven Drogenpolitik, aber auch die unzureichende und zaghafte Umsetzung der drogenpolitischen Leitlinie der niedersächsischen Landesregierung „Hilfe statt Strafe“. Ein Beispiel dafür ist der §31a Betäubungsmittelgesetz. Spät hat die Landesregierung erkannt, daß es in absehbarer Zeit keine einheitlichen Richtlinien der Länder zur Frage der Definition einer „geringen Menge“ geben wird. Die daraufhin erlassenen niedersächsischen Richtlinien liegen weit unter denen von Schleswig-Holstein. Es muß die Frage gestellt werden, wie ernst die Forderung der Landesregierung nach Entkriminalisierung von Drogenkonsumenten zu nehmen ist, wenn sie ihre eigenen Spielräume nicht nutzt.

Für eine wirksame Entkriminalisierung müssen sicherlich Bundesgesetze, vor allem das Betäubungsmittelgesetz, geändert werden. Eine erneute, auf

eben diese Veränderung abzielende niedersächsische Bundesratsinitiative ist nötig. Die Landesregierung hat sich in der Vergangenheit zwar immer wieder an Initiativen anderer Länder angehängt, ihre eigenen Vorstöße waren jedoch stets sehr zaghaft und teilweise unterhalb dessen, was eine unter Rot-Grün seinerzeit eingesetzte niedersächsische Strafrechtskommission vorge schlagen hatte.

Der Einstieg in eine kontrollierte Abgabe von Heroin könnte ein niedersächsisches Forschungsvorhaben sein. „Heroin auf Krankenschein“ kann den Teufelskreis von Straße-Knast-Therapie durchbrechen und somit wirklich Hilfe statt Strafe sein. (...) Wir wollen auf einem Hearing, das wir am 31. März zu diesem Thema veranstalten wollen, die Diskussion vorantreiben. (...)

Während das Sozialministerium eine kontrollierte Abgabe von Heroin an Süchtige nicht ausschließt, wird die Legalisierung von Haschisch kategorisch abgelehnt. Es wird weiter diskutiert werden müssen. — (M. Schulz-Polat, Referentin für Drogenpolitik, aus: Lokalberichte Hannover, gekürzt)

GELSENKIRCHEN

Keine Zukunft für den Bergbau?

Mit dem Demonstrationszug am 1.2. in Gelsenkirchen machte die IG Bergbau und Energie auf die Situation des heimischen Steinkohlebergbaus aufmerksam.

Vehement forderte der Vorsitzende der IGBE, Hans Berger, die Einhaltung der Zusagen, die in der Kohlerunde 1991 gemacht wurden. „Es geht nicht nur um unsere Arbeitsplätze, es geht um die Zukunft der Region“, so ein Transparent. Diese Aussage macht deutlich, was das Aus des Steinkohlebergbaus für Gelsenkirchen bedeuten würde.

Mehr als 10000 Menschen sind in dieser Stadt direkt vom Bergbau abhängig. Da die „soziale Abfederung“, bedingt durch den gewaltigen Aderlaß an älteren Beschäftigten, nicht mehr greift (Durchschnittsalter ca. 35 Jahren), würde bei Schließung der letzten Gel-

senkirchener Zechen die Arbeitslosenquote auf über 20% ansteigen. „Ich fürchte, daß weitere Unruhe um sich greift“, das ist die Aussage von Arbeitsamtsdirektor Buchholz bei der Bekanntgabe der neuen Arbeitslosenzahlen. Danach waren Ende Januar 27811 Menschen in Gelsenkirchen, Bottrop und Gladbeck ohne Arbeit. Mit Schließung der Zechen würden auch die dort angesiedelten Ausbildungsplätze vernichtet. Hinzu kommt, daß die Ruhrkohle AG zugesagt hat, 1995 weitere 100 neue Lehrstellen zu schaffen. Das Ausbildungsjahr 1994/95 verzeichnet schon 12% weniger Ausbildungsplätze als im Vorjahr. Die Zahl der Bewerber ist um 8% gestiegen. Während der Steinkohlebergbau hier systematisch kaputtgemacht wird, steigt die Einfuhr von Importkohle. — (kds)

Rechte des Ausländerbeirats:

— Der Ausländerbeirat muß mehr Rechte im Rat bekommen, d.h. er muß volles Rede- und Antragsrecht genießen. Das in der neuen Gemeindeordnung verankerte Recht auf „Anregungen und Stellungnahmen“ im Rat ist nicht ausreichend.

— Der Ausländerbeirat muß in allen ImmigrantInnen-Angelegenheiten das Recht der Erstberatung vor Beginn der Ausschüßberatungen haben.

— Im Ausländerbeirat müssen die im Rat vertretenen Fraktionen, die Wohlfahrtsverbände, der DGB und der Arbeitgeberverband mit beratender Stimme teilnehmen.

Aus der Stellungnahme der Grünen geht nicht hervor, wie sie die letzte Forderung begründen. Eine verpflichtende Einbindung der Ratsfraktionen mit beratender Stimme in den Ausländerbeirat kann sinnvoll sein, erzwingt sie doch von allen Ratsfraktionen, sich mit den Anliegen des Beirats, der ja immerhin ein Zehntel der Kölner Bevölkerung repräsentiert, zu befassen. Warum aber Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften und Kapitalisten im Beirat vertreten sein sollen, bleibt unklar. Mit gleichem Recht könnten die nichtdeutschen Bür-

HESSEN

Kanter hat es nicht geschafft

Mit niedriger Wahlbeteiligung von ca. 66% wurde in Hessen am 19. Februar die Landtagswahl durchgeführt.

Die SPD bekam 38,5% (—2%). Sie führte einen Verteidigungs-Wahlkampf, der nicht sehr spannend war. Sie stellte sich als modernere Wirtschaftsförderin als die CDU dar, griff die Solidaritätsabgabe nicht grundsätzlich an, sondern forderte Erleichterung für die unteren Einkommen. Allerdings verteidigte Hans Eichel Hessen als Einwanderungsland und forderte die doppelte Staatsbürgerschaft.

Die CDU wurde stärkste Partei 39% (—1%). Herausforderer Kanther versuchte im allgemeinen, gemäßigt aufzutreten, wurde jedoch auf Wahlveranstaltungen wie in Frankfurt wegen seiner Abschiebungs- und Inneren-Sicherheitspolitik heftig angegriffen. Bei einem „CDU-Frauenfrühstück“ in Limburg-Blumenrod warnte er dann auch vor „ethnisch geschlossenen Banden, die für verdeckte Ermittler nicht mehr aufschließbar sind, daher neue technische Möglichkeiten erforscht werden müßten.“ (Junge Welt, 18.2.)

Die CDU hatte es schwer, die hessische Regierungs-Koalition in punkto Wirtschaftspolitik anzugreifen, denn nach der Wirtschaftsstärke liegt Hessen bundesweit an erster Stelle. Außer zum Thema Atomwirtschaft, wo sie der Regierung eine Verweigerungspolitik vorwarf, die diese auch offensiv verteidigte, griff die Kritik hier nicht so recht.

Auch aus Industrie- und Handelskammer-Kreisen kamen nur altbekannte Forderungen nach einem Planungs-Beschleunigungsgesetz für Straßen und Kritik an der Grundwasserabgabe und Sonderabfallsteuer, die die FDP für den Wahlkampf direkt aufgegriffen hatte. Grundsätzliche Kritik an der Landesregierung von Industrie- und Handelsverbänden war nicht zu vernehmen. Die FDP mit 7,5% (+0,1%) betonte stets ihr „eigenes Profil“, wäre aber ohne CDU-Zweitstimmen nicht in den Landtag gekommen.

Die Grünen (11% / +2,5%) gewannen vor allem in Universitätsstädten wie Darmstadt-Dieburg I 13,7% (+3,3%), Frankfurt V 26,4% (+4,5%) und Marburg-Biedenkopf II 17,5% (+2,6%) so-



wie anderen größeren Städten. Vermutlich wählen sie viele unzufriedene SPD-Wähler. Sie brachten als einzige größere Partei neue Gesetzes-Vorschläge für die Verbesserung der Lage der Flüchtlinge, wenn auch sehr magere: automatisches Bleiberecht für Flüchtlinge, die seit 5 Jahren einen Asylantrag gestellt haben. Sicher honorierten ihre Wähler auch ihr Auftreten gegen Cargo-City, ein neues Frachtzentrum am Frankfurter Flughafen, ihre Forderung nach der Gesamtschule als Regelschule gegen die Kanther- und Rep-Politik der deutschnationalen Elitförderung. Eine Befragung von 7000 Leuten in Frankfurt und Umgebung nach den brennendsten Wahlkampfthemen ergab an erster Stelle typische Themen der Grünen: Umwelt und Verkehr.

Die DKP kandidierte als einzige linke Partei, nachdem die PDS im hessischen Landtagswahlkampf auf die Kandidatur verzichtet hatte. Sie stellte 6 Direktkandidaten auf und erhielt landesweit 3254 Stimmen = 0,1%. In allen Städten, in denen die DKP in der Stadtverordnetenversammlung vertreten ist, hat sie höhere Ergebnisse bei den Erststimmen als im Durchschnitt verzeichnen können. Mörfelden-Walldorf z.B. 1,6%, Darmstadt 0,6%. Das letztmal kandidierte die DKP vor acht Jahren zu den Landtagswahlen.

Fast überall gewannen die Reps Stimmen, meist um 0,2% (—0,6%).

Gleichzeitig mit der Landtagswahl wurde eine Volksabstimmung zur Herabsetzung des Wahlbarkeitsalters auf 18 Jahre durchgeführt, die aber scheiterte. Die Abstimmung war vorher kaum bekanntgemacht worden. Es fehlten Informationen darüber, daß das Wahlbarkeitsalter in anderen Bundesländern für den Landtag, für die Stadtverordnetenversammlungen und für den Bundestag bereits bei 18 Jahren liegt. — (rst, uti)

„Dialog“ über einen Horrorkatalog von Einzelvorschlägen zur Arbeitszeitverlängerung ist ebenso unmöglich wie eine „Zurückführung“ jeglicher unterrichtlicher Tätigkeit auf eine sogenannte Grundversorgung ... Maßnahmen, die auf Kosten der Lehrkräfte und zu Lasten der Qualität von Bildung gehen, wird die GEW mit allen gewerkschaftlichen Mitteln, bis hin zum Streik, begegnen ... Die GEW bekräftigt ihre Forderung nach Erstellung eines gemeinsamen Gutachtens zum Arbeitsplatz „Schule“, dessen Ziel es ist, die gegenwärtigen Arbeitsbedingungen und die aktuelle Arbeitsbelastung der Lehrkräfte festzustellen ... Eine a.o. Landesdelegiertenversammlung wird Ende März 95 die Koalitionsvereinbarungen zum Bildungsbereich bewerten und ggfs. Kampfmaßnahmen beschließen.“ — (aus: Frankfurter Lehrerzeitung Nr. 2/95)

Grüne Forderungen zum Ausländerbeirat

Köln. In den Verhandlungen zwischen SPD-Ratsfraktion und der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen verlangten die Grünen auch eine Ausdehnung der

gerinnen und Bürger dieser Stadt verlangen, daß neben ihren gewählten Vertretern auch Repräsentanten anderer, nichtdeutscher Organisationen (z.B. Religionsgemeinschaften, Kulturverbände etc.) mit beratender Stimme teilnehmen. — (uld)

Transrapid weiter umstritten

Hamburg. In einer Stellungnahme zu den staatlichen Subventionen hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung die geplanten Investitionen für „besonders problematisch“ erachtet. Die finanziellen Risiken seien viel höher, als es die Befürworter aufgrund „unrealistischer Annahmen“ über das Fahrgastaufkommen unterstellten. Dieser Auffassung ist auch die SPD-Bundestagsfraktion, die im Verkehrsausschuß beantragt hat, Planungsmittel in Höhe von 15 Mio. DM für die Transrapid-Strecke von Hamburg nach Berlin zu sperren, da es keinen Bedarfsplan in Form eines Magnetbahn-Ausbaugesetzes gebe. Der Vorstandsvorsitzende des Thyssenkonzerns, Rohkamm, schätzt, daß in zwei Jahren alle Genehmigungshürden genommen sein müß-

ten. Die Thyssen-Industrie AG ist einer der Hauptbetreiber des Projekts. Man habe bereits 150 Mio. DM in die Entwicklung des Systems gesteckt, nach weiteren 50 Mio. wolle man dann in einigen Jahren die Früchte ernten. Bedenkt man, daß der Bund bereits bis Ende 1993 mit 1,8 Milliarden DM die Entwicklung subventioniert hat und nun für 7,4 Mrd. die Referenzstrecke erstellen soll, bekommt man einen Eindruck, wer hier wirklich die Risiken trägt und wer schon heute von den Früchten profitiert.

Eine starke politische Stütze dieser Interessen ist die Standort-Politik, wie sie von Bürgermeister Henning Voscherau und in der Hamburger SPD durchgesetzt wird: Nachdem Hamburg bereits im Bundesrat für das Planungs-gesetz gestimmt hat, wird diese Politik nun in den SPD-Distrikten durchgesetzt: Gemäß der Auffassung des anwesenden Umweltsenators Vahrenholt stimmten kürzlich die Distrikte Jenfeld und Tonndorf mehrheitlich für den Bau des Transrapids. Ein Mitglied des Jenfelder Vorstands bezeichnete dies als „Nachholen der innerparteilichen Meinungsbildung von unten nach oben“. — (ulj)

Aktionen der DGB-Jugend



Ca. 3000 Jugendliche kamen an diesem Samstag aus ganz Bayern nach München. Bei der Auftaktkundgebung auf dem Odeonsplatz sprachen u. a. Rainer Wessely, DGB-Landesjugendsekretär und Rosi Schneider von der IG Metall-Jugend, deren Redebeitrag wir hier auszugsweise dokumentieren. Diesem Auftakt folgte dann eine lautstarke Demonstration zur Theresienwiese.

**Rosi Schneider,
IG-Metall-Jugend**

(Rosi beginnt mit einem Gedicht von Knut Becker „Folgen der Einsicht“) ... 100000 Jugendliche wurden im vergangenen Jahr sofort nach Ende der Ausbildung auf die Straße gesetzt, das allein in der M- und E-Industrie. Und auch die, die erst mal im Betrieb bleiben konnten, erhalten überwiegend befristete Arbeitsverträge.

Mit dem Abschluß des Tarifvertrags zur 6-monatigen Übernahme im Jahr 1994 konnten wir einen der größten tarifpolitischen Erfolge in der Geschichte der IG Metall-Jugend verbuchen.

Unsere Argumente waren gut, davon

waren auch die sogenannten erwachsenen Kolleginnen und Kollegen zu überzeugen.

Die Azubis können erst mal im Betrieb bleiben,
— es besteht zumindest die leise Hoffnung, daß die befristeten in unbefristete Arbeitsverhältnisse umgewandelt werden,
— die Zeit bis zur Schule, Zivildienst, Bundeswehr usw. kann überbrückt werden,
— man/frau hat wenigstens ein halbes Jahr Berufserfahrung vorzuweisen
— das Arbeitslosengeld berechnet sich aus dem Facharbeiterlohn.

Der Tarifvertrag zur Übernahme von Auszubildenden endet aber im Dezember 1995, d.h. wenn ich davon ausgehe, daß die meisten Leute im 4. Lehrjahr ihre Prüfung schon hinter sich haben, dann werden von der Regelung nur noch Teile des jetzigen 3. Lehrjahres profitieren. Deshalb haben wir die Übernahmeforderung für die aktuelle Tarifrunde wieder zur Chefsache erklärt.

Wir wollen die Regelung zu einem dauerhaften Bestandteil unseres Manteltarifvertrages machen — traumhaft wäre natürlich, wenn wir dazu auch noch Verbesserungen erkämpfen könnten.



ten. Übernahme ohne Einschränkungen wegen sogenannter personenbedingter Gründe, unbefristet, nicht nur für 6 Monate, und das alles im erlernten Beruf.

Und daß wir so einen Tarifvertrag brauchen, das kann ich auch aus eigener Erfahrung bestätigen. Das Klima bei den Gesprächen zwischen Betriebsrat und Geschäftsführung war eisig; was früher selbstverständlich war, z.B. unbefristete Übernahme wird heute nur noch gewährt, wenn es tarifvertraglich oder gesetzlich festgeschrieben ist.

Aber was hilft uns die Übernahme von Auszubildenden im Tarifvertrag, wenn es keine Azubis mehr gibt, die da-

von profitieren können? Immer mehr Betriebe verabschieden sich total von der Ausbildung, andere reduzieren ihre Ausbildungsplatzkapazitäten auf ein Minimum, 2/3 unserer Metall-Betriebe bilden sowieso überhaupt nicht aus. Die Zahl der Ausbildungsplätze wurde uns von ehemals 93000 auf jetzt 44000 reduziert, das ist ein Rückgang von 52%. Jeder von euch hat in seiner Region sicher eigene Umfrageergebnisse, aber von der Brisanz her werden sie sich nicht groß von diesen Zahlen unterscheiden. Das Flehen, Bitten, Fordern von unserer Seite war bisher wirkungslos ...

Im Februar bzw. Mai 1995 lernen in Augsburg 53 Kommunikationselektroniker (Ke) und 20 Kaufleute für Bürokommunikation (KfB) bei der Deutschen Telekom aus. Wie bereits letztes Jahr plant die Telekom auch in diesem Jahr, nur in sehr geringem Umfang Auszubildende nach Beendigung ihrer Lehre zu übernehmen. In den „Berichten aus Augsburg und Schwaben“ schreibt ein Betroffener über die vielfältigen Protestaktionen.

In Zahlen heißt das, daß von bundesweit 4300 auslernenden Ke keiner und von den 1200 KfB lediglich 200 in den neuen und 200 in den alten Bundesländern übernommen werden sollen. Für die 73 Auszubildenden in Augsburg bedeutet das die Arbeitslosigkeit, da in und um Augsburg so gut wie keine Stellen im Kommunikationssektor vorhanden sind.

Ein weiterer Punkt ist die geplante Schließung von Berufsbildungsstellen (BBi). Von den derzeit über 100 BBi in im Bundesgebiet sollen nur 39 überleben. In der Region Augsburg—Kempten—Weilheim wird dies die BBi Kempten sein. Augsburg und Weilheim werden geschlossen. Konkret heißt das für Augsburg ein Verlust von über 320 Ausbildungsplätzen! Die BBi soll aufgelöst werden, obwohl sie gerade in der Abschlußphase eines Umbaus ist, der 40 Millionen Mark gekostet hat. Diese Kürzungen ziehen natürlich auch einen Stellenabbau bei den Ausbildern und Berufsschullehrern nach sich.

Um auf diese Situation zu reagieren und um den öffentlichen Druck auf die Telekom zu verstärken, organisierte der Ortsjugendausschuß der Deutschen Postgewerkschaft eine Reihe von Aktionen in Augsburg.

Demonstration, Flugblätter

Die erste Aktion war eine Demonstration durch die Fußgängerzone am 22. Dezember. Es wurden Flugblätter mit dem Slogan „Wie soll ich mich auf Weihnachten freuen, wenn ich weiß, daß ich ab Februar auf der Straße stehe“ ver-

Telekom übernimmt keine Azubis

Aktionen gegen Jugend-Arbeitslosigkeit in Augsburg

teilt und mit den Passanten diskutiert. Die Beteiligung an der Demo war, trotz massiver Werbung unter den Azubis, eher gering. Auch das Echo in der Presse hat uns nicht vom Hocker gehauen. Dadurch wurde klar, daß mögliche Aktionen zum einen spektakulär sein müssen, um die Presse anzuziehen und um viele Auszubildende dazu zu bringen, sich zu beteiligen, nicht nur die betroffenen Azubis.

Besetzung der Bildungsstelle

Daraus entstand die Idee, die BBi zu besetzen. Wir informierten die Auszubildenden und forderten sie auf, am 10. Januar vorsorglich Schlafsäcke und Isomatten mitzubringen. Als wir dann am besagten Tag mit ca. 45 Auszubildenden nach Dienstschiß in der BBi blieben, war das Chaos bei der Telekom groß. Die Dienststellen wußten nicht, wie sie mit der Situation umgehen sollten: Sie durften uns nicht einsperren (Freiheitsberaubung, Fluchtwege) wollten uns aber auch nicht die Schlüssel geben. Nach etlichem Hin und Her erhielt ich doch, gegen Unterschrift, den Schlüssel für das Haupttor vom Dienststellenleiter der Hausverwaltung. Die Azubis richteten sich in zwei Lehrsälen häuslich ein und sahen Video (die Geräte stammten aus den Werkstätten) oder hörten Musik. Im Verlauf des Abends kam noch eine Polizeistreife vorbei, die von der Besetzung im Radio gehört hatte und sich vergewissern wollte, daß alles mit rechten Dingen zugeht. Da jedoch (noch) keine Anzeige gegen uns bestand, mußten sie wieder fahren. Morgens gingen die Azubis wieder ganz normal in die Arbeit.

Als die Besetzung am nächsten Tag weitergehen sollte, wurden wir auf Weisung des Niederlassungsleiters der Telekom Augsburg auf den Hof der BBi

ausgesperrt. Das Haupttor war geschlossen, ebenso wie alle Türen zu den Gebäuden; wir konnten also weder rein noch raus. Mit anwesend bei der Aussperrung waren Charly Schmidt (DGB-Jugendsekretär), einige Betriebsräte der Telekom Augsburg, einige Ausbilder/innen und die gesamte Jugend- und Auszubildendenvertretung. Zu dieser Zeit erreichte uns auch ein Solidaritäts-Fax von Prof. Dr. Martin Pfaff (MdB), in dem er sich voll hinter unsere Aktion stellte und uns viel Glück dabei wünschte. Einige Zeit später erschien der Niederlassungsleiter, der von den Auszubildenden mit Pfiffen begrüßt wurde. Er erklärte, daß die Azubis durch die Aktion ein Zeichen gesetzt hätten und es jetzt aber wieder an der Zeit wäre, aufzuhören. Für den Fall, daß wir das nicht täten, drohte er uns straf- und arbeitsrechtliche Konsequenzen an (d.h. Anzeige wegen Hausfriedensbruches und eine Abmahnung für jede/n Auszubildende/n). Unter diesem Druck gaben wir die Besetzung auf, weil wir den Azubis keine Anzeigen einhandeln wollten und viele noch unter 18 Jahren waren.

Trauermarsch, Mahnwache

Am 17. Januar fand daher noch eine Aktion statt. An diesem Tag befand sich der Präsident der Telekom-Direktion München in der IHK, um ein Loblied auf die Privatisierung zu singen. Wir veranstalteten einen Trauermarsch, um unsere Ausbildung symbolisch zu Grabe zu tragen. Der Marsch, an dem sich ca. 70 Azubis beteiligten, ging vom Königsplatz zum Theodor-Heuss-Platz (IHK). Dort erklärte sich der Präsident, Herr Seitner, bereit, mit uns ein Gespräch zu führen. Er erklärte ohne Umschweife, daß es dieses Jahr keine Übernahme geben werde. Nach dem Gespräch marschierten wir zurück zum Kö, einige

Runden durch die Fußgängerzone und endeten dann am Rathausplatz. Hier wurde eine Mahnwache installiert, die trotz eisiger Kälte bis 6.30 Uhr morgen durchgehalten hat. Zwischendurch holten sich die Azubis heißes Wasser von der Polizeiwache am Rathausplatz, um wenigstens einen Tee machen zu können.

„1000 Lichter“ in München

Den Abschluß bildete die Aktion der DGB „1000 Lichter gegen Jugendarbeitslosigkeit“ am 4. Februar in München, an der sich Augsburg mit drei Busen beteiligte. Die Auftaktkundgebung fand auf dem Odeonsplatz statt; es kamen betroffene Auszubildende und Jugendfunktionäre zu Wort. Anschließend marschierten die ca. 1700 Teilnehmer in einer langgestreckten Demonstration zur Theresienwiese. Dort auf dem Platz stand in riesigen Buchstaben der brennende Schriftzug „Jugend-Ausbildung? Übernahme? Zukunft? aus Wachsfammschalen geschrieben. Nach der Demo und der Versammlung auf der Theresienwiese fand noch ein Kulturprogramm in der Muffathall statt. Geboten wurde ein Rock-Kabarett von „Werner Meier und den Heimatpflegern“ und eine Ethno-Pop-Gruppe.

Wie es aussieht, waren die Aktionen zumindest für die Auszubildenden bei der Telekom, erfolglos. Es ist nicht zu erwarten, daß sich die Situation für die 73 jungen Leute noch ändert. Aber vielleicht haben sie etwas dazu beigetragen, die Problematik der Jugendarbeitslosigkeit der Öffentlichkeit wieder etwas ins Bewußtsein zu rufen.

In und um Augsburg sind 1995 150 Ausbildungsplätze von Abbau-Plänen betroffen. — (U.W., „Berichte aus Augsburg und Schwaben 4/95“)

Auszeit vor einer Abstimmung

Der sächsische Landtag beriet dringlichen PDS-Antrag gegen Abschiebungen von Kurden

Die CDU-Fraktion wirkte am Ende der 8. Landtagssitzung zum ersten Mal in dieser Legislaturperiode verunsichert. Auslöser war der dringliche Antrag der PDS-Fraktion zur Verlängerung des Abschiebestopps für politische Flüchtlinge aus der Türkei. Der Ausländerbeauftragte Heiner Sandig hatte mit eindringlichen Worten — „Diese Menschen haben Angst. Lassen wir sie wenigstens ein paar Monate aufatmen.“ — die Front der CDU-Abstimmungsmaschine aufge- weicht. Die Mehrheitsfraktion war offensichtlich darauf eingestimmt, den doppelten Sollbruch (Abstimmung gegen den eigenen Innenminister, der keinen Abschiebestopp will, und für einen PDS-Antrag) zu verhindern, doch die Debatte des von Ingrid Mattern für die PDS eingebrachten Antrags machte die verabredete Ablehnung für einige

Unionsabgeordnete immer fragwürdig. Als selbst Schäferhund Leroff, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU, seine Herde nicht mehr beisammenhalten konnte, blieb nur die Auszeit. Da wurde der CDU-Fraktion klargemacht, daß es nicht um Menschenrechte, sondern um die CDU geht: 57 Nein-Stimmen (bei vier Enthaltungen) gegen 29 Ja-Stimmen von PDS, SPD und Sandig retteten die Unions-„Ehre“.

Dieser Artikel ist veröffentlicht in „Parlament von links“ Nr. 4/95. Diese Infozeitschrift erscheint vierzehntäglich und wird von der Landtagsfraktion der PDS herausgegeben.

Nachfolgend dokumentieren wir eine Presseerklärung von Ingrid Mattern, MdL der PDS, zum PDS-Antrag und die Rede des Ausländerbeauftragten des Landtages Heiner Sandig. — (sta)

Der Ausländerbeauftragte in Sachsen, Heiner Sandig

„Ich bin für eine Verlängerung des Abschiebestopps“

Herr Präsident!
Meine Damen und Herren!

Die Leidensgeschichte des kurdischen Volkes ist lang. 1923 bei der Gründung des neuen türkischen Staates erhielt das kurdische Volk keinen verfassungsrechtlich verankerten Schutz. Heute ist das Wohlstandsgefälle zwischen dem Westen und dem Osten der Türkei enorm, und doch sind sich alle einig, daß die Binnenwanderung durch den militärischen Druck der Regierung auf die östlichen Provinzen und die Zerstörung der Dörfer entsteht.

Ich weiß nicht, ob wir noch länger von inländischer Fluchtalalternative sprechen können, wenn immer mehr von Übergriffen in türkischen Großstädten berichtet wird.

(Beifall bei SPD und PDS)

Es existieren nunmehr Entscheidungen von mehreren deutschen Verwaltungsgerichten, Stellungnahmen von Türkei-Experten und von Menschenrechtsorganisationen. Dort wird aufgrund der Veränderungen in den letzten Monaten eine inländische Fluchtalalternative für Kurden abgelehnt. Die Lebenssituation für Kurden in den westlichen Großstädten wird immer schwieriger. Die Razzien verstärken sich. Die Kurden werden von den Sicherheitskräften mitgenommen und verhört. Aber wie und wie lange? Denn 1994 ist in der Türkei pro Tag ein Mensch in Polizeihaft ums Leben gekommen, und darüber hinaus, also zusätzlich, ist beinahe jeden Tag ein Mensch nach einer Verhaftung verschwunden. Das sind Angaben der türkischen Menschenrechtsstiftung, übernommen im Lagebericht des Auswärtigen Amtes.

Ich bin für eine Verlängerung des Abschiebestopps. Drei Gründe will ich nennen. Staatsminister Eggert hat er- irt, als er von der Türkei zurückkehrte, daß die Türkei eine Vereinbarung der Bundesrepublik schließen werde zum Schutz der abgeschobenen Flüchtlinge. Die Türkei werde bei der Lösung durch die Sicherheitskräfte Hinzuziehung eines Anwaltes des Vertrauens und die Untersuchung durch einen unabhängigen Arzt garan-

tieren. Ich denke, wir können erst dann wieder abschieben, wenn diese Vereinbarung unterzeichnet, in Kraft getreten und auch umgesetzt ist.

(Beifall bei SPD und PDS)

Zweitens. Die Kurdinnen und Kurden, die in Sachsen leben, sind nach meiner Schätzung in der großen Mehrheit noch in Asylverfahren. Es ist über ihren Antrag noch nicht entschieden, oder es ist eine Klage vor den Verwaltungsgerichten anhängig. Sollten Flüchtlinge neu einreisen, so werden auch diese einen Asylantrag stellen, und das Bundesamt wird diesen Asylantrag prüfen. Die Regelung, ob Abschiebung oder nicht, trifft nur eine kleine Gruppe. Diese Menschen haben Angst, große Angst. Lassen wir sie wenigstens ein paar Monate aufatmen.

(Beifall bei SPD und PDS)

Drittens. Fluchtursachenbekämpfung — ich wiederhole mich. Wir können als sächsische Abgeordnete tatsächlich einen Beitrag leisten. Wir wissen, die Kurdenfrage ist vor Ort mit friedlichen, mit politischen Mitteln zu lösen. In der letzten Sitzung hat der Staatsminister Eggert dankenswerterweise von The- senpapieren türkischer Parlamentarier zum Kurdenkonflikt berichtet, und auch die türkische Regierung hat bereits vor Monaten ein Maßnahmenpaket zur Demokratisierung versprochen.

Lassen Sie uns deshalb bitte möglichst die Abgeordneten aller Parteien der Türkei nicht nur einladen, sondern hier begrüßen, sie empfangen, freundlich empfangen, vielleicht können wir bei ihnen durch die Gespräche den Mut und die Entscheidungsfreude beim Demokratisierungsprozeß ein klein wenig unterstützen. Ich freue mich auf diese Gespräche.

Ich schließe mit einem Auszug aus der *Süddeutschen Zeitung* von gestern. Ein bekannter türkischer Schriftsteller wird dort so zitiert: „Ich bin fast 80 Jahre alt, und Zeit meines Lebens hat sich die Unterdrückung der Kurden bei uns ständig verschärft“.

Wir müssen ihnen endlich kulturelle Autonomie zugestehen, ihre eigene Sprache und eigene Medien.

Deutschland, ich schäme mich!



Die PDS-Fraktion im sächsischen Landtag

„Die Menschenrechtssituation fordert einen Abschiebestopp für Kurdinnen und Kurden“

Sachsen soll den Abschiebestopp für Kurdinnen und Kurden bis zum 31. Mai 1995 verlängern. Seit heute wird mit Mahmut Sakar, Nimetullah Guendez, Abdullah Cager und Melike Alp vier Mitgliedern des türkischen Menschenrechtsvereins in Diyarbakir der Prozeß gemacht. Die vier Angeklagten, die amnesty international als gewaltlose politische Gefangene betrachtet, befinden sich seit dem 16. Dezember 1994 in Diyarbakir bzw. seit dem 30. Dezember 1994 in Ankara (Alp) in Haft. Sie waren festgenommen worden, weil sie einen Bericht über Menschenrechtsverletzungen in der Türkei veröffentlicht hatten, was nach Auffassung der Staatsanwaltschaft „separatistische Propaganda“ ist. Die Staatsanwaltschaft fordert Haftstrafen bis zu 15 Jahren und die Schließung der Vertretung des türkischen Menschenrechtsvereins in Diyarbakir — die letzte in den zehn südöstlichen Provinzen, über die der Ausnahmezustand verhängt ist, die ihre Arbeit noch nicht aufgegeben hat. Staatsminister Eggert hat während seines Türkei-Besuchs u.a. auch mit Vertretern des

türkischen Menschenrechtsvereins gesprochen. Seine Schlußfolgerung, daß es in der Türkei ausreichend Fluchtalalternativen gibt und keine ethnische Verfolgung stattfindet, ist von der Realität widerlegt worden. Die sich weiter verschärfende Menschenrechtssituation in der Türkei, wie sie sowohl in Berichten des Bundesaußenministeriums als auch von amnesty international beschrieben wird, gebietet es, den am 28. Februar auslaufenden Abschiebestopp für Kurdinnen und Kurden und andere politische Flüchtlinge aus der Türkei zu verlängern. Die PDS-Fraktion hat deshalb in den sächsischen Landtag einen Dringlichen Antrag eingebracht, in dem die Staatsregierung aufgefordert wird, den Abschiebestopp zunächst um ein Vierteljahr zu verlängern. Die CDU-Fraktion hat es nun in der Hand zu zeigen, wie ernst es ihr mit der Achtung der Menschenrechte ist.

Dresden, 13.2.1995 — Ingrid Mattern, Mitglied des Landtages, ausländerInnenpolitische Sprecherin der PDS-Fraktion

„Kampagne gegen Wehrpflicht“ unter Druck

CDU, Innensenator und Bundeswehrverband greifen die antimilitaristische Organisation an

Gleich zwei Strafanzeigen wegen angeblicher „Beleidigung und Volksverhetzung“ sowie ein beschlagnahmter Film sind die Bilanz der Verfolgungsmaßnahmen, mit denen Berlins CDU-Innensenator Heckelmann, der Bundeswehrverband und der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Paul Breuer, die antimilitaristische „Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär“ in Berlin seit Anfang Februar überzogen haben. Wir dokumentieren Auszüge aus Erklärungen der Kampagne. — (rül)

Strafanzeige des Bundeswehrverbandes ...

Der Bundeswehrverband hat gegen die Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär Strafantrag wegen der Diffamierung von Bundeswehrsoldaten gestellt. Der Vorsitzende des Verbandes, Oberst Bernhard Gertz, wies am Mittwoch in Bonn darauf hin, daß die Kampagne ein Flugblatt mit der Aufschrift verbreite: „Morden im In- und Ausland ist für deutsche Soldaten nichts Ungewöhnliches“ und „Deutsche Armeen in einer langen Tradition: Ja, Morden“. (dpa-Meldung vom 1.2.95)

Das betreffende „Flugblatt“ ist eine Anzeige, die bereits vor einem Jahr entstanden ist und die wir an ca. 200 Berliner Schülerzeitungsredakteure verschickt haben mit der Bitte um Abdruck in ihren Zeitungen. Die Anzeige ist eine direkte Reaktion auf die Werbekam-

pagne der Bundeswehr Anfang 1994, welche unter dem Motto stand: „Ja, Helfen. Ja, Dienen. Ja, Tapferkeit.“ Ziel der Werbung der Bundeswehr war die Reduzierung ihres Erscheinungsbildes in der Öffentlichkeit auf sogenannte positive Friedensvokabeln. „Ja, Morden“ ist die konsequente Weiterführung der Darstellung des „Arbeitsfeldes“ von Soldaten. Während sich die Bundeswehr als zivile Hilfsorganisation verkauft, laufen die Planungen für weltweite Kriegeinsätze der Bundeswehr innerhalb und außerhalb der UNO/NATO ...

Militärische Macht, die die Soldaten ausüben, ist Tötungsmacht. Schon Tucholsky fragte, weshalb das Töten in einem definierten Raum und zu einer bestimmten Zeit, dem Kriegsschauplatz, erlaubt sein kann, während nur einige Kilometer hinter der Front das Töten eines anderen Menschen bestraft

Der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Paul Breuer, will ein „Schutzgesetz“ für die Bundeswehr. Er tobt: „Die unselige ‚Mörder-Entscheidung‘ des Bundesverfassungsgerichts trägt bittere Früchte. Sie wird von einigen als Freibrief für ungeheuerliche Ehrabschneidungen von Soldaten mißbraucht ... Der Vorgang zeigt, wie berechtigt meine Forderung nach einer Strafgesetzzänderung ist ... Der unabdingbare Ehrenschutz für unsere Soldaten muß uns dies wert sein.“ (Presseerklärung vom 8.2.)

wird ...

Ein Soldat, der die in den Verteidigungspolitischen Richtlinien (1992) beschriebenen Aufgaben (Rohstoffabsicherung etc.) durchsetzt und Menschenleben auslöscht, handelt aus niederen Beweggründen und wird zum Mörder ...

Presseerklärung vom 2.2.1995

... und Beschlagnahme eines Kinospots zu Abschiebungen

Der von der Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär erstellte Kinospot, der sich gegen die Abschiebung von Deserteuren und Kriegsflüchtlingen wendet, ist gestern (8.2.95) durch Beamte des Staatsschutzes in einem Berliner Kino beschlagnahmt worden.

Der Film zeigt die Situation eines — in sein Heimatland abgeschobenen — Deserteurs, der die Hinrichtung eines anderen Deserteurs durch sein Gefängnisfenster beobachtet. Am Ende des Films erscheint der Text:

Seit dem ersten Dezember 1994 lassen die Innenminister — Kanther, Heckelmann, Beckstein und andere — Deserteure und Kriegsflüchtlinge abschieben. Abschiebung ist Mord!

Diese Überfallaktion dient offenbar als Einschüchterungsmaßnahme und soll die Ausstrahlung des in den letzten Tagen bundesweit in ca. 70 Kinos angelaufenen Spots behindern. Damit reiht sich diese Maßnahme in die lange Tradition deutscher Geheimdienste ein, die

sich gegen alles richtet, was in der nach rechts rutschenden Bundesrepublik noch politisch bunt und lebendig ist.

Die Zensur politisch mißliebiger Meinungen kann die Tatsache, daß zahlreiche Innenminister Flüchtlinge in Kriegsgebiete abschieben lassen, wo sie oft Folter und Mord erwarten, nicht ver-wischen. Abschiebung ist Mord!

Ende November tagten in Magdeburg die Innenminister, um sich über die Frage des Abschiebestopps für Kriegsflüchtlinge und Deserteure zu verständigen. Bundesinnenminister Kanther und der bayerische Innenminister Beckstein sprachen sich auf dem Treffen gegen eine Gruppenschutzregelung für die Duldung von Deserteuren und Kriegsflüchtlingen aus. Obwohl für einige Gruppen die Abschiebestoppregelung bis zum 20. Januar (dann 28. Februar) verlängert wurde, ließ der bayerische Innenminister in der Zwischenzeit zwei Kurden abschieben.

Allein in Berlin sind über 20000 Flüchtlinge aus Ex-Jugoslawien von der Abschiebung bedroht. Mit der Abschiebung von Deserteuren beteiligt sich die BRD aktiv an der Schürung des Jugoslawienkonflikts, indem sie der Armee vor Ort „frisches Menschenmaterial“ zuführt. Deserteure werden der dortigen Militärbehörden übergeben. Auf Desertion stehen bei allen Kriegsparteien hohe Strafen. Es drohen ihnen bis zu 20 Jahre Haft oder der Einsatz in Strafbataillonen an der Front. Ein Gesetz von 1991 erlaubt unter gewissen Umständen sogar die Todesstrafe ...

Presseerklärung vom 9.2.95

Dessauer Waggonbauer gegen Schließung ihres Betriebes

Dessau/Berlin. Seit Wochen kämpfen die 750 Beschäftigten und der Betriebsrat der Deutschen Waggonbau AG Dessau (DWA) um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze und des Waggonbaustandortes Dessau. Mit der Auflösung des größten ostdeutschen Waggonbauunternehmens, das seine Produktionsstätten in Dessau, Görlitz, Bautzen und Niesky hatte und vorwiegend für den Absatz in Osteuropa arbeitete, und seiner Zergliederung in einzelne von der Treuhand veräußerte Teilbetriebe wurde Dessau in der DWA AG privatisiert. Schien die Zeit für den Erhalt des Betriebes zu laufen, so erwies sich bald, daß in Dessau gedacht, aber anderswo entschieden wurde. Denn der Vorstand der Deutschen Waggonbau AG gab vor kurzem definitiv bekannt, daß in Dessau künftig keine Schienenfahrzeuge mehr produziert werden sollen, da deren Herstellung zu teuer sei.

Die hellwache Belegschaft reagierte mit einer Demonstration fünf vor zwölf vor dem Werkstor. Sie forderte das Eingreifen der Landesregierung Sachsen-Anhalts, deren Wirtschaftsminister Klaus Schucht einen Millionenauftrag der Landesregierung in Aussicht stellte, und die Aussetzung der vom Konzernvortrag beabsichtigten Schließung des Werkes, wie es im vorgelegten Strategiekonzept „DWA 2000“ von der Konzernleitung vorgesehen ist. Für den 17.2. war eine Aufsichtsratssitzung in Berlin vorgesehen, auf der über das Schicksal des Dessauer Unternehmens entschieden werden sollte. 500 Dessauer waren mit Bussen nach Berlin gekommen, um vor dem Tagungsort des Aufsichtsrates lautstark gegen die beabsichtigte Schließung zu protestieren. Die Sitzung des Aufsichtsrates war von

Sicherheitskräften abgeriegelt worden, so daß sogar dem Dessauer Oberbürgermeister Hans-Georg Otto (SPD) der Zugang zur Sitzung versperrt wurde. Otto hatte vor, dem Rat zu erklären, daß mit der Schließung des Werkes die Stadt Dessau den letzten Industriebetrieb verliere und sie keine Chance mehr habe. Erst der Protest der versammelten Waggonbauer verschaffte ihm Zutritt zum Gebäude, das er jedoch nach fünf Minuten enttäuscht wieder verließ. Denn der Aufsichtsrat ließ sich nicht unterbrechen, um den Oberbürgermeister anzuhören. Der Dessauer Betriebsratsvorsitzende Matthias Putze erklärte dann vor den Versammelten, daß sich die Belegschaft nicht „wie Schwerverbrecher aus dem Betrieb ausschließen“ lasse und weiter kämpfen werde. „Die Zeit, daß wir Angst haben, ist vorbei.“ Das sagten auch die aus Bischofferode angereisten ehemaligen Kali-Kumpel, die den Dessauern solidarisch zur Seite standen. Die Strategie des DWA-Aufsichtsrates ist nach alldem sehr durchsichtig: erst Schließung des Standortes Dessau, dann folgen die anderen Unternehmen in Görlitz, Bautzen und Niesky — wie sicher nicht zu Unrecht vermutet wird. Die Dessauer wurden hingehalten: Die Entscheidung zu Dessau wurde vom Aufsichtsrat auf den 8. März vertagt. Und das kurz vor dem 100jährigen Betriebsjubiläum, das der Waggonbau in Dessau im März feiert!

Quellen: „BZ“, „ND“, 13.-18.2. — (abe)

Buna: Geht Schuchts Furz nach hinten los?

Schkopau. Am 13. Februar demonstrierte die Belegschaft der Bunawerke GmbH zum sechsten Mal gegen die seit Januar 1990 nicht mehr abbreißende Vernichtung ihrer Existenzgrundlage. Die noch verbliebenen 4300 Beschäftigten (von

einst 18000) kämpften jetzt gegen den vorliegenden Privatisierungsvertrag mit dem US-amerikanischen Dow-Chemical-Konzern, der weitere fast 3000 von ihnen überflüssig machen soll.

Dow will den vorhandenen Olefin-Komplex (Buna GmbH, Sächsische Olefinwerke Böhlen GmbH sowie den noch nicht privatisierten Kunststoffbereich der Leuna GmbH), der die Belieferung der Kunststoff-Chemie mit dem Haupt-Ausgangsstoff Ethylen sichert, gemeinsam mit den Konsortialpartnern Thyssen Handelsunion und dem russischen Konzern Gazprom, die zusammen 26 Prozent der Anteile halten wollen, übernehmen. Geplant ist u.a. der Bau einer Pipeline von Rostock nach Böhlen, um eine kostengünstige Belieferung mit dem Erdöl-Produkt Naphta zu sichern, die Erweiterung der Ethylen-

Kapazität des Böhleiner Crackers sowie die Sanierung von Verarbeitungsanlagen in Buna und Leuna. Mit Milliarden Zuschüssen der Treuhand würde diese Konzept der Dow weitere 4000 Chemiebeschäftigte von jetzt noch 7000 in diesem Verbund auf die Straße gesetzt.

Der Buna-Betriebsrat fordert die Nachbesserung des Dow-Vertrages durch das innerhalb der Bunawerk entwickelte Sanierungskonzept, da ein Überleben größerer Teile des Verbundes sichern könnte. Dagegen brükierte der Ex-Treuhand-Direktor für Chemie und jetzige Wirtschaftsminister Sachsen-Anhalts, Dr. Klaus Schucht die Buna-Belegschaft: „Buna ist doch nur ein Furz in der Weltgeschichte d Chemie“. Der Betriebsrat forderte d sofortige Abberufung Schuchts dur Ministerpräsident Höppner. — (mio)



In mehreren Regionen Thüringens traten am 15. Februar die Beschäftigten des privaten Busgewerbes in den Streik. Die ÖTV fordert von den Kapitalisten in Thüringen eine Anhebung der Bruttostundenlöhne von 11,55 DM auf 15,70 DM. Die Kapitalisten wollen dagegen nur eine Anhebung auf 13,20 DM zugestehen. — (rül, Bild: ND)

Gegen den Rückfall in die „Partei neuen Typs“

Sabine Fache, Delegierte der PDS Thüringen, zur Westdebatte auf dem PDS-Bundesparteitag

Den im folgenden dokumentierten Beitrag von Sabine Fache, Delegierte aus Thüringen auf dem PDS-Parteitag in Berlin, konnte sie dort nicht halten. Sie war vom Präsidium aufgerufen worden, wurde dann aber aus Zeitnot gestrichen. Ihr Beitrag wäre neben dem von Gregor Gysi der einzige Ost-Beitrag auf der Westdebatte gewesen. Für diese Ausgabe hat Sabine Fache ihren — auf dem Parteitag nur skizziert vorliegenden — Beitrag noch bearbeitet.

Als Mitglied eines östlichen Landesverbandes (Thüringen) möchte ich einige Gedanken zum Westaufbau äußern. Ich habe auf mehr „östliche Beiträge“ gehofft und auch auf größeres Interesse für die Debatte bei den Delegierten, nicht nur, weil ja mit unser aller Geld Strukturen entwickelt und Wahlkämpfe geführt werden. Vielen Delegierten scheint die jetzige Diskussion wohl in keinem Zusammenhang zu den bisher behandelten Problemen zu stehen. Berühren aber nicht gerade die Fragen zur Pluralität der PDS oder zu ihrem Oppositionsverständnis in starkem Maße die Westdebatte? Hängt nicht von ihrer Beantwortung die Entwicklung der PDS zu einer modernen sozialistischen, demokratischen Partei mit emanzipatorischem Anspruch besonders ab? Nur eine solche Partei hat für mich im gesamtdeutschen Parteienspektrum eine Chance und ihre Existenzberechtigung.

Leider habe ich im Verlauf der Diskussion gerade zu diesen Zusammenhängen wenig gehört, auch nicht von Gregor Gysi.

Der Initiativantrag (als Kompromißpapier von den westlichen Landesverbänden vorgeschlagen) enthält einiges davon, auch den Versuch einer Analyse. Ich war über diesen Antrag froh, weil er einen demokratischen und emanzipatorischen Ansatz hat und auch eigene Erfahrungen von aktiven PDS-Mitgliedern der genannten Landesverbände beschrieben werden. Das für mich Wichtigste: Er grenzt Vertreter kommunistischer Bewegungen nicht aus! Im Vorfeld dieses Parteitags las man in der Presse von Äußerungen bekannter PDS-Politiker (z. B. Gysi, Gehrke, Brie ...): Keine Sektierer mehr in der PDS; in einem Arbeitspapier von A. Brie zum Textentwurf der Rede L. Biskys wurde genauer gesprochen: Keine Vertreter des BWK, der DKP, der VSP, ML ...

Das, was hier als „Richtungsstreit“ in der PDS im Zusammenhang mit der Kommunistischen Plattform abließ, war meiner Meinung nach umfassender gedacht, zielt für mich vor allem auf die Westausdehnung der PDS. Seit Sommer 1990 habe ich auf Bundesvorstandssitzungen und Parteitag solche Versuche der Ausgrenzung erlebt, ohne daß sachliche, konkrete Inhaltsdebatten geführt wurden.

Nur zum Verständnis: Ich war auf al-

len Ebenen der PDS politisch tätig (Volkskammer, Bundestag, Parteivorstand u. stellvertretende Landesvorsitzende). Das Auftreten gegen solche Praktiken ist das Ergebnis eigener Vergangenheitbewältigung, die zu einem neuen Parteienverständnis für mich geführt hat.

Gregor Gysi forderte in seinem Beitrag einen neuen Westansatz (auch schon im Interview der *Jungen Welt*). Weshalb einen neuen Ansatz? Aber doch wohl nicht, um den alten überflüssig zu machen? Sollte ihm tatsächlich nicht bekannt sein, wer den Wahlkampf der PDS im Westen massiv geführt und unterstützt hat? Gibt es wirklich keine Analyse über das Wählerpotential in Bayern, Niedersachsen ...? Ein Vertreter der DKP hat zum Thüringer Landesparteitag dazu sehr interessante Aussagen gemacht.

Die ebenfalls geforderte neue Struktur im Westen sollte in erster Linie mit den Landesverbänden West diskutiert werden. Ansätze sind im Initiativantrag vorhanden. G. Gysi äußerte auch den Wunsch, daß linke Christen, linke Grüne, linke Sozialdemokraten, linke Gewerkschafter ... für die PDS gewonnen werden. Der Gedanke ist verlockend. Wäre es aber nicht besser, daß die in ihren eigenen Reihen den „Rechtsruck“ bremsen könnten? Für mich geht es vor allem auch um eine Stärkung der Linken in Deutschland, nicht nur um eine gesamtdeutsche PDS. Ehemalige

„enttäuschte“ Mitglieder anderer Parteien heiße ich herzlich willkommen, aber nicht, wenn daran die Bedingung geknüpft ist, andere sollten gehen.

Seit 1990 habe ich Kontakt zu Linken aus den Westländern gesucht. Das beeindruckendste Projekt für mich ist die Linke Winter- und Sommerschule (existiert seit 1992), wo wir in drei Arbeitsgruppen (Geschichte, Philosophie, Wirtschaft) an konkreten Themen arbeiten. *Keiner beansprucht für sich, von vornherein Recht zu haben.* Die sogenannten „Sektierer“ habe ich als Menschen mit hoher Streitkultur kennengelernt und es ist möglich, auch über verfestigte Standpunkte sachlich zu reden und innere Blockierungen aufzubrechen. An diesen Seminaren nahmen schon Hans Luft, Harry Nick, Klaus Steinitz, Lutz Elm, Joachim Bischoff, Manfred Weißbecker und viele andere „Namenlose“ teil. Leider haben A. Brie oder W. Gehrke dafür noch kein Interesse gezeigt. Aber darum geht es wohl auch einigen „Köpfen“ der PDS nicht, sondern um die Sicherung von Macht und Einfluß, auch um den Preis der Anpassung an die herrschenden Parteien. Der Verlauf des Parteitages zeigte mir aber, daß viele Delegierte dazu nicht bereit waren. Sie waren auch nicht bereit, ihre so schwer errungene Mündigkeit aufzugeben. Das wäre wohl auch der Rückfall in die „Partei neuen Typs“ oder die Entwicklung zur „Volkspartei“ von heute: das Ende der PDS.

PDS: Sozialistische Partei in ganz Deutschland eine zentrale Aufgabe der nächsten Jahre

Dokumentiert: Der Beschluß des PDS-Parteitags in Berlin zum Westaufbau

Ausgangsbedingungen

Die Ursprünge der PDS liegen im „Aufbruch des Herbstes 1989 in der DDR“, als sie „aus der SED heraus dazu beitragen wollte, die Gesellschaft der DDR umfassend zu reformieren“. „Je näher der Anschluß der DDR an die alte Bundesrepublik rückte“, wurde eine „organisierte Zusammenarbeit von Sozialistinnen und Sozialisten aus Ost- und Westdeutschland notwendig, und die PDS entschloß sich, „als Partei in ganz Deutschland zu wirken“ (Programm der PDS, Januar 1993).

Alle anderen Bundestagsparteien sind westlich; die PDS ist östlich geprägt. Im Osten hat sie viele Mitglieder und Millionen Wählerinnen und Wähler. Im Westen hat sie noch kaum Fuß gefaßt.

Für die Tätigkeit der PDS in den westlichen Bundesländern bestehen Handlungsbedingungen, die für die Verankerung einer neuen politischen Kraft besonders kompliziert sind. Bislang folgen linke Parteigründungen in Deutschland Veränderungen gesellschaftspolitischer Koordinaten und kulturellen Umbrüchen. Außerparlamentarische Bewegungen waren ihre Vorläufer und Begleiter. Geistig und politisch geht die Dynamik derzeit von den Konservativen aus, außerparlamentarische Bewegungen sind rückläufig, Gewerkschaften in der Krise. Die Mehrheit der Menschen im Westen trennt sich gegen die Probleme, die an-

geblich aus den neuen Bundesländern zu ihnen kommen, ab; die PDS ist ihnen fremd. Während die PDS-Mitglieder im Osten einen gemeinsamen Ausgangspunkt in der SED und ihrem Willen zur Veränderung hatten, gab es diesen für die PDS im Westen nicht. Die Linke im Westen befand sich schon vor dem Herbst 1989 in der Krise. Es gab keine Formation, die dem politischen Charakter der PDS entsprach und mit der sich die PDS vereinigen konnte. Viele Linken bewegten sich zur PDS, interessiert, aber distanziert. Das ist auch heute noch der Fall.

Anders als die anderen Bundestagsparteien hat sich die PDS dafür eingesetzt, unterschiedliche politische Kulturen, die in Jahrzehnten im Osten und Westen gewachsen sind, zu achten, sie in einen Dialog zu bringen, um ein qualitativ besseres Ergebnis als die Summe der



jeweiligen Teile zu erreichen. Dies gilt auch für das Verhältnis von Linken in Ost und West. Der Weg zu einem besseren Leben in Ost und West geht über „anders leben in Ost und West. Das beginnt damit, gegen die besondere Benachteiligung der Ostdeutschen zu

kämpfen und dagegen, daß die östlichen Bundesländer zum Experimentierfeld für Sozial- und Demokratieabbau für Gesamtdeutschland werden. Hierfür hat die PDS schon heute Kompetenz und ist dabei, Kompetenz für die Politik in allen Teilen des Landes, auch in den westlichen Bundesländern, zu finden.

Aber ein Problem sollte uns dabei bewußt sein: Die PDS darf ihre Verankerung im Osten nicht verlieren oder abschwächen. Insofern wird die PDS durch ihre Geschichte, durch ihre Politik, durch ihre reale Verankerung weiterhin ostgeprägt sein. Dies wiederum stößt auf Vorbehalte der Linken im Westen, die Schwierigkeiten mit ihrem Platz in einer solchmaßen geprägten Partei haben. Auch in der PDS ist in einer besonderen Form der Ost-West-Widerspruch lebendig. Nur: Wir wollen ihn produktiv im Dialog lösen, ihn als Bereicherung begreifen, um in dieser Art und Weise in der eigenen Partei ein Beispiel auch für das Zusammenleben in der Gesellschaft zu geben.

Im Bundestagswahlkampf wurden in den Landesverbänden West Fortschrit-

terzielt. — Es ist gelungen, ein breites politisches Spektrum von Autonomen bis hin zu SPD-Mitgliedern für die Wahl zu gewinnen.

— Mit den offenen Listen und gestützt auf die Verbindung von Partei und Bewegung durch die Mitarbeit von PDS-Mitgliedern in vielen Bewegungen und

Fortsetzung nächste Seite

TERMINE

4.3.: Frühjahrstagung des Arbeitskreises Politische Berichte in Köln

4./5.3.: BWK-Bundesdelegiertenkonferenz in Köln

14.5.: Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen

27.7.-30.7.: Sommerschule in Schnepfenthal. Beginn am Donnerstag, 27.7., um 13 Uhr, voraussichtliches Ende am Sonntag, den 30.7., gegen 12 Uhr.

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zulpicher Straße 7.
Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 50670 Köln, zur Zeit verboten), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 120722, 68163 Mannheim), Jörg Detjen (über: GNN, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln), Martin Fochler (über: GNN, Schwanthaler Str. 139, 80339 München), Christiane Schneider (über: GNN, Palmaille 24, 22767 Hamburg), Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz).

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion / Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Redaktionsanschrift: GNN-Verlag, Postfach 260226, 50515 Köln. Hausadresse: GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373, Datentelefon (nur für GNN-Programme): 0221 / 246915.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373. Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 370 10050, Konto Nr. 104 19-507.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 45,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 78,- DM (Förderabo 91 DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern, Personen in Ausbildung und Arbeitslose: 52,- DM. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: Tribüne Druck GmbH, 12435 Berlin.

Nachrichtenverbindungen:

Berlin: GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eingang C, 10967 Berlin, Tel. 030 / 6949257, Fax: 030 / 6949454.

Hamburg: GNN-Verlag, Palmaille 24, 22767 Hamburg, Tel. 040 / 381393, Fax: 040 / 3898331.

Hannover: GNN-Verlag, Grenzweg 4, 30165 Hannover, Tel. 0511 / 3520816.

Köln: GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373.

München: GNN-Verlag, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Tel. 089 / 5026541, Fax: 089 / 5028112.

Schkeuditz (bei Leipzig): GNN-Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Tel. 0342 04 / 65711, Fax und Dat.-Tel. 0342 04 / 65893.

Stuttgart: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 0711 / 624701, Fax: 0711 / 621532.

Fortsetzung von Seite 13:

Initiativen ist es insbesondere gelungen, viele Menschen aktiv in den Wahlkampf, in Wählerinnen- und Wählerinitiativen mit Wahlaufufen etc. einzubeziehen.

— Es ist gelungen, den Aufbau der westlichen Kreis- und Landesverbände voranzubringen und Mitglieder in diesem Wahlkampf zu gewinnen.

— Es ist insbesondere gelungen, gestützt auf die Arbeit der Bundestagsfraktion in den letzten Jahren, Ansätze von Interessenvertretung im Wahlkampf deutlich zu machen und ein breites soziales Spektrum als Wählerinnen und Wähler zu gewinnen. Auch aus dem gewerkschaftspolitischen Bereich hat es mit einem Wahlaufufen eine deutliche Unterstützung gegeben.

Perspektiven

Es wird für den Aufbau der PDS als gesamtdeutsche sozialistische Partei darauf ankommen, an diesen Ergebnissen anzuknüpfen, sie zu konsolidieren, den Menschen, die in Wählerinnen- und Wählerinitiativen und Bewegungen Unterstützung geleistet haben, ein Angebot zur weiteren Zusammenarbeit zu machen und qualitative Fortschritte in der Politik der Kreis- und Landesverbände zu erzielen.

Die Perspektive der PDS ist nicht die einer regionalen Ostpartei. Sie will keine „Westausdehnung“ oder „Westverankerung“. Sie will im Westen organisch wachsen, auch wenn rasche Erfolge nicht eingetreten und nicht zu erwarten sind. Ausschlaggebend für das Bild der PDS und ihre Stimmengewinne im Westen war noch nicht unsere Verankerung vor Ort, sondern die Ausstrahlung der Gesamtpartei. Auch für die künftige Entwicklung wird das Bild der PDS durch ihre politischen Entscheidungen, ihr Agieren im Bundestag geprägt sein. Insofern berühren die aktuellen Diskussionen auch die Wirkungsmöglichkeiten im Westen. Die PDS hat dann im Westen eine Chance, wenn sie sich für die Menschen als nützlich, notwendig und vor Ort auffindbar zeigt.

Qualitative Fortschritte und damit auch qualitativ andere Ergebnisse werden wir nur erzielen können, wenn wir die bundesweite Politik ergänzen durch eine kommunale und landespolitische Arbeit. Dies ist eine wichtige Voraussetzung dafür, auch bei Kommunal- und Landtagswahlen im Westen deutliche Ergebnisse zu erzielen. Die PDS wird dann das erste Mal auch in den Medien und im Bewußtsein der Menschen keine „Ostpartei“ mehr sein. Das zu erreichen, ist ein anspruchsvolles Ziel. Sie will mit einer alternativen linken Politik Interesse, Zustimmung und aktive Mitarbeit finden. Sie will mit außerparlamentarischen Bewegungen, Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, parteilosen und in anderen Parteien organisierten Linken kooperieren. Das ist eine zentrale Aufgabe der nächsten Jahre. Wir wollen, daß alle Gliederungen der PDS, alle Landes- und Kreisverbände in Ost und West, die Bundestagsgruppe und der Parteivorstand, die Interessen- und Arbeitsgemeinschaften der PDS sich diese Aufgabe zu eigen machen.

Politisches Profil

Die PDS ist eine sozialistische Partei, die Internationalismus, Ökologie, Feminismus, Demokratie und soziale Emanzipation zusammenführt, in außerparlamentarischen Bewegungen mitarbeiten will und die Anliegen sozialer Bewegungen im Parlament the-



matisiert. Das Ziel des Parteaufbaus in den westlichen Bundesländern ist eine Mitgliederpartei, die sich mit sozialistischem und oppositionellem Anspruch den Alltagsanliegen der Menschen zuwendet, sich nicht gegen die Gesellschaft abschottet und ihre Nützlichkeit konkret vor Ort beweist. Noch gibt es zu wenige PDS-Mitglieder, die vor Ort aktiv sind. In vielen Orten und Städten gibt es keine PDS-Gliederung. Deshalb wird die PDS auch nur auf wenigen Feldern Profil gewinnen können: Die Ansprüche sind und bleiben vielfältig und umfassend.

— Die PDS ist eine Partei, die für soziale Gerechtigkeit eintritt, dazu gehört auch das Recht auf Bildung und Kultur. Sie bekämpft die Angriffe von Unternehmern und Regierung auf die sozialen Rechte und Standards und fordert stattdessen deren Ausbau.

— Die PDS ist eine Partei, die für umfassende Demokratisierung, für neue Formen der Selbstbestimmung und Bürgerrechte kämpft und deshalb dem Abbau demokratischer Rechte Widerstand entgegensetzt.

— Die PDS ist antirassistisch, antimilitaristisch, antifaschistisch und gegen gewaltsame Konfliktlösungen. Das Nein zur deutschen Großmachtrolle gehört zu unserem unverwechselbaren Profil.

— Insgesamt wird es dabei auch darauf ankommen, eine strategische sozialistische Alternative weiter zu erarbeiten und in die Diskussion einzubringen.

Diese inhaltlichen Punkte könnten das Profil der PDS in den nächsten Jahren prägen.

Der Parteitag beschließt:**Maßnahmen**

1. Für den Aufbau der PDS im Westen gibt es keinen „Königsweg“. Verschiedene Ansätze haben nebeneinander Bestand und Berechtigung: die Arbeit der Landesverbände und Basisgruppen und die Tätigkeit der Bundestagsgruppe. PDS-Mitglieder und Interessierte können vor Ort aktiv werden, fachspezifisch in zentralen Arbeitsgemeinschaften mitarbeiten sowie solche vor Ort und regional aufbauen. Besondere Unterstützung erfahren Aktivitäten an Hochschulen und im betrieblich-gewerkschaftlichen Bereich.

2. Die PDS strebt auch in den westlichen Bundesländern parlamentarische Verankerungen an. Die jeweilige Beteiligung oder Nichtbeteiligung an Wahlen wird gemeinsam von den Landesver-

bänden, den Kreisverbänden und dem Bundesvorstand beraten. Die PDS konzentriert sich auf Landtags- und Kommunalwahlen, in denen auf der Grundlage von landes- und kommunalpolitischer Kompetenz der Einzug in Parlamente möglich erscheint, zumindest aber die Ergebnisse der Bundestagswahlen übertroffen werden können.

3. Die Infrastruktur im Westen wird ausgebaut und durch den Parteivorstand und die Landesverbände der PDS im Osten finanziell und personell unterstützt. Zuschüsse an die westlichen Landesverbände sollten so gestaltet sein, daß die Einrichtung von Landesgeschäftsstellen abgesichert ist und zu gleich ein Grundfonds für die politische Öffentlichkeitsarbeit gegeben ist. Gleichzeitig ist darauf hinzuwirken, daß sich der Anteil der Eigenfinanzierung erhöht.

4. Um Kompetenz zu entwickeln, ist ein breites Bildungsangebot erforderlich. Dabei hat eine eigenständige Bildungsarbeit für junge Mitglieder einen besonderen Stellenwert.

5. Der Vorsitzende und der Parteivorstand beraten regelmäßig mit den westlichen Landesvorständen. Das ermöglicht eine bessere Koordination und Verständigung zwischen Landesvorständen und der Arbeit im Landesverband und dem Parteivorstand. Sie unterstützen und befördern Kooperationsbeziehungen zwischen Gliederungen in Ost und West.

6. Die anstehenden Auseinandersetzungen in den nächsten Jahren haben zwar spezifische Ost- und Westausprägung, sind aber im wesentlichen gemeinsame Auseinandersetzungen und nur als gemeinsame Auseinandersetzungen zu führen. Durch die Regierungspolitik wird nicht die Einheit sondern die Spaltung in den Köpfen Menschen in Ost und West forciert. Die Regierungspolitik wird versuchen, die PDS als Ostpartei zu isolieren. Um entgegenzuwirken, müssen wir eine Zusammenarbeit bis auf die Ebene der Kreise entwickeln.

7. Zentrale Parteiaktivitäten und Konferenzen finden künftig verstärkt in westlichen Bundesländern statt.

8. Der Parteivorstand hat angeregt, daß „mit dem Ziel der Förderung organischer PDS-Politik vor Ort“ zu inhaltlichen Schwerpunkten Kampagnen entwickelt werden sollen. Zur inhaltlichen Vorbereitung dieser Kampagnen, zur Profilierung der PDS in der Öffentlichkeit beitragen, sollten unter Beteiligung der Landesverbände, der Bundestagsgruppe und den jeweiligen AGs Beitagungen durchgeführt werden.

8. Mai — Die Staatstäter verstecken sich hinter den Opfern

**Einige Gedanken zur Struktur der bürgerlichen Propaganda
Antwort auf chs und C.B. in der letzten Ausgabe dieser Zeitung**

In der letzten Ausgabe dieser Zeitung setzen sich chs und C.B. aus Hamburg mit verschiedenen Ansichten auseinander, die in der gegenwärtigen Verarbeitung des fünfzigsten Jahrestages der bedingungslosen Kapitulation des nationalsozialistischen Deutschen Reiches eine Rolle spielen. Unter anderem äußern chs und C.B. die Vermutung, daß linke Kritik durch eine traditionelle Liebe zum Volk sich blind machen könne, und fordern zur Öffnung der Augen die Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus. Wir hatten dazu in Schnepfenthal den Vorschlag gemacht, eine solche Auseinandersetzung von vorneherein gemeinsam mit Menschen aus dem jüdischen Leben in Deutschland zu führen. Der Einwand, dadurch könne der Anschein entstehen, Juden hätten sich für den Antisemitismus zu rechtfertigen, leuchtet uns immer noch nicht ein. Gerade in der Situation wachsender Bedrohung kann sich linke Politik nicht darauf werfen, die Vorbereitung und Durchführung rassistischer und antisemitischer Verbrechen zu beobachten, um daraus etwas über Staat und Gesellschaft zu lernen. Die Analyse dieser Vorgänge muß in eine abwehrende Praxis integriert werden, zu der unserer Meinung nach gehört, daß man miteinander spricht, herausfindet und dann auch laut macht, wie man nebeneinander und zusammen leben und vielleicht auch zu besseren Zeiten fortzukommen will und kann.

Eine Umbewertung der Vergangenheit läuft an

Die Zeichen der Zeit, die das offizielle Deutschland setzt, sind ja ganz anders. Zwar hat die faschistische Sammlungsbewegung einen Rückschlag erlitten, aber der Grad an Gewalttätigkeit der Staats- und Außenpolitik nimmt weiter zu, besonders der brutale Abschiebungsterror setzt Fakten, die dem faschistischen Denken Vorschub leisten.

In diesen Prozeß der Anspannung fällt der fünfzigste Jahrestag des Unterganges des Dritten Reiches. Immer noch ist die Erfahrung von Verbrechen, Kriegführung und Niederlage eines deutschen Staates präsent und setzt eine Hemmung staatlichen Handelns. Worte wie „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg“ oder „Von deutschem Boden darf nie wieder ein Krieg ausgehen“ haben immer noch festen Platz im Bewußtsein der Öffentlichkeit. Aber in der aktuellen Diskussion der bedingungslosen Kapitulation des nationalsozialistischen Deutschen Reiches ändert sich die Tonart. Der moderne Kult der Jahrestage stiftet diesem vergangenen Geschehen einen neuen Sinn. Wie geht das zu?

Die Vermengung von Kulthandlung und Geschichtserzählung ist nicht neu. So geht es dem christlichen Weihnachtskult wohl an keiner Stelle um die Vermittlung von Informationen über die politische und soziale Situation in Judäa zur Zeit des Kaisers Augustus. Aber der Anstrich von wirklichem Geschehen, der durch den buchmäßigen Bericht erreicht wird, transportiert die sittliche Botschaft, die der Zweck der Übung ist. Die Doktrin, zu deren Einschärfung der Kult dient, wird so in der Realität verankert und dadurch selbst zur Realität.

In der medienkulturellen Verarbeitung des Unterganges des Dritten Reiches

wird allmählich erkennbar, welche Botschaft hier zur rückwirkenden Neubewertung der Ereignisse führen soll. Im Zentrum der Betrachtung stehen die Opfer, besonders hervorgehoben die Unschuldigen. Dies scheint nicht nur harmlos, sondern hoch berechtigt.

Besonders die Schrecken des Luftkrieges eignen sich dazu, das spontane mitmenschliche Gefühl zum Aufbau einer Irreführung zu gebrauchen. Ursache und Wirkung scheinen ja so klar, hier die Bombe eben, da das offenbar unschuldige, verstümmelte oder tote Kind. Die Botschaft lautet: Ich bin unschuldig, wer mich getötet hat, ist schuldig. Auf diesem Wege werden die Kriegführenden unterschiedlos zu Schuldigen gemacht, Faschismus wird dadurch entschuldigt.

Wie die Verantwortung verborgen wird

Unserer Meinung nach gehen chs. und C.B., die in der letzten Ausgabe der PB versuchen, der Logik dieses Bildes zu entkommen (weil diese Logik dazu nötigt, den Abwehrkampf gegen Hitler mit dem Unterwerfungs- und Vernichtungskampf der Nazis irgendwie gleichzusetzen) in eine vorbereitete Falle. Wenn sie nämlich sagen: Vorstellungen wie Zivilbevölkerung trafen die Situation der Deutschen im Krieg nicht, vielmehr sei von einer strukturellen Verantwortung zu sprechen. Das läuft auf den Nachweis hinaus, daß die Opfer des Krieges an ihren Leiden irgendwie selbst schuld wären. Der Begriff der strukturellen Verantwortung legt außerdem einen Schleier über den Terror, mit dem die Nazis ihre Politik absicherten.

Der Knoten, den die rechte Propaganda geschürzt hat, löst sich anders auf. Verantworten, daran sollte man festhalten, können sich nur konkrete Personen für konkrete Taten, und zwar soweit sie die Freiheit hatten, ihr Tun und Lassen einzurichten. Selbstverständ-

lich gab es für die Schrecken des Luftkrieges, die auch auf dem Gebiet des Deutschen Reiches nicht an Kampfhandlungen Beteiligte trafen, Verantwortliche. Es handelt sich um die Befehlshaber und Aktiven der Naziverbände, um die willfähigen Staats- und Militärschefs und die Wirtschaftslenker. Dieser Personenkreis trägt die Verantwortung für jene Ereignisse. Die Alliierten der Anti-Hitler-Koalition tragen sie nicht.

Der erste Teil des Schwindels liegt in der vorgetäuschten Kausalbeziehung, hier löst eine Bomberbesetzung in freier Entscheidung den Hebel, da stirbt ein Kind. Tatsächlich sieht es anders aus. Wer konnte dafür, daß dieses Kind in einem Terrorstaat, der andere Völker überfällt und ausrottet, aufwachsen mußte? Welche Taten nötigten die Angegriffenen, in ihrer Not auch die schrecklichen Mittel des Luftkrieges nicht zu meiden?

Es ist ein böser Betrug, die Urheber eines so schrecklichen Ereignisses, wie es der Luftkrieg ist, auf eine solche Weise, hinter den Leichen Unschuldiger, zu verbergen. Aber es ist auch eine schwierige Arbeit, den Betrug nachzuweisen. Da sind nämlich nur komplizierte Wirkungszusammenhänge zu verstehen, leicht kommt dazu noch der Vorwurf mangelnden menschlichen Mitgefühls für die Opfer.

Damit sind wir beim zweiten, subtilen Teil des Betruges. Er besteht in der Suggestion, daß Trauer um einen Menschen und sein Tun das Gutheißene seiner Taten bedeute. Sehen wir auf die von den Nazis Hingemordeten, empört sich das Gerechtigkeitsgefühl, Trauer regt sich, und wir wünschen so sehr, daß der Widerstand gegen die Nazis rechtzeitigen Erfolg gehabt hätte.

Blicken wir jedoch auf die schreckliche Tatsache zurück, daß so viele bis Ende ihres Lebens für eine so schlimme Sache eingetreten sind, empfinden wir auch darüber Trauer. Ließen wir uns durch geschicktes Spiel mit unseren Ge-

rechtigkeitsgefühl dazu treiben, über die Trauer der Mutter des im verbliebenen Kampf für die Nazis gefallenen Hiltersoldaten zu spotten, würden wir bloß damit die Hoffnung auf eine Entwicklung der Menschheit zum Besseren verspotten und uns in den Bannkreis des Vernichtungsdenkens ziehen lassen.

Wie eine Erfahrung demontiert wird

Die bürgerliche Propaganda hat ihre Scheinwerfer auf die tragische Figur des Opfers gerichtet. Der erste Zweck dieser Übung ist, das Tor zur Analyse der wirklichen Vorgänge zu schließen und die Geschichtsbetrachtung unter Vorbehalten zu stellen, wie sie für Grabreden in Anwesenheit der Trauergemeinde gelten. Auf diese Weise wird der Schlüssel zu einem geschichtlichen Nachweis der Entartung des Staates weggenommen. Die Verschmelzung des nationalsozialistischen Vernichtungsdenkens mit dem staatlichen Gewaltmonopol sowie die Verbindung des positiven Rechtsdenkens und hochentwickelter Verwaltungstechnik mit Massenmorden verschwindet hinter den Opfern und einer politisch gestaltlosen, im Grunde anonymen Menge von Tätern.

Da das politische Verbrechen des Raubkrieges aufgelöst wird in lauter einzelne Ereignisse, wird die Ursache des Unglückes ganz zwanglos in Defekten des einzelnen Menschen gesucht.

Der Täter Staat hat sich aus der Affäre gezogen. Er wird nicht mehr verantwortlich gemacht, er zieht zur Verantwortung.

Damit findet die rechte Propaganda zu ihrem Zweck im aktuellen Kontext. Sie richtet die Augen der Öffentlichkeit auf das Unrecht, das dem Opfer geschieht, und stellt fest, daß der Staat, auch der deutsche, gefordert sei, Recht zu stiften.

Verbrechen des Faschismus — Staatsverbrechen

Zurück zu unserer Auseinandersetzung mit chs und C.B. aus Hamburg. Wir meinen, daß in der gegenwärtigen Propaganda der Faschismus als Verbrechen der öffentlichen Gewalt, nicht denkbar ohne den modernen Staat und seine Verwaltungs- und Rechtstechniken, neuerlich charakterisiert und bewiesen werden muß. Neuerlich, weil geschichtliche Erfahrungen nicht von alleine lebendig bleiben. Das fünfzigjährige Jubiläum ist insofern auch eine Mahndatum an die jüngere Generation, denn fünfzig Jahre umschreiben die Dauer des Erwachsenenlebens. Es ist auch das natürliche Wegsterben der Zeugen, auf das sich die rechte Propaganda verläßt. Jahr für Jahr muß jetzt mit größerem Aufwand bewiesen werden, was vorher ins Angesicht von soviel Zeugen gar nicht behauptet werden konnte.

Der Luftkrieg, den die Alliierten gegen das Reich führten, spielt in dem Entschuldigungsprozeß der deutschen Staatsautorität eine tragende Rolle. Wir werden in der nächsten oder übernächsten Ausgabe dieser Zeitung darlegen, warum die Alliierten der Anti-Hitler-Koalition glaubten, auf dieses Mittel nicht verzichten zu können und warum auch wir meinen, daß die Koalition gegen Hitler zu dieser Art der Kriegführung gezwungen war. — (maf, scc)

Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch!

Politische Berichte★

Nummer 4/16. Jahrgang

23. Februar 1995

G 7756 D Preis 2,00 DM

Politische Berichte
Zeitung für sozialistische Politik
Erscheinungsort: Leipzig
Erscheinungstermin: 2.00 DM
Erscheinungstermin: 2.00 DM
Erscheinungstermin: 2.00 DM

Einladung

Am Samstag, den 4. 3. um 9 Uhr wird im Jugendgästehaus die Vollversammlung des „Arbeitskreises Politische Berichte“ stattfinden. Entsprechend der Geschäftsordnung der Politischen Berichte ist über folgendes zu beschließen:

- über Aufmachung, Umfang und Finanzierung
- über die Einteilung in Gliederungsblöcke und deren Umfang
- über die Beauftragung von Redakteuren für die Gliederungsabschnitte;
- über die Beauftragung als Herausgeber bzw. Geschäftsführer der Herausgeber;
- über inhaltliche Schwerpunkte;
- über Anträge auf Mitgliedschaft
- über Anträge von Unterstützen-

den Organisationen bzw. organisierten Mitarbeitergruppen. Organisierte Mitarbeitergruppen sind Arbeitsgruppen, die zum selben Thema über eine längere Zeit gemeinsame Veröffentlichungen gemacht haben. Wer im letzten Jahr bei den Politischen Berichten mitgearbeitet hat und an der Konferenz teilnehmen möchte, kann sich bei den Herausgebern schriftlich anmelden. Die Konferenz wird um 12 Uhr beendet sein. Es besteht also die Möglichkeit, mit relativ geringem Aufwand die Teilnahme an der Redaktionskonferenz mit der Teilnahme an der BWK-Bundeskonferenz zu verbinden.

— (Für den Arbeitskreis Politische Berichte: Martin Fochler)

Doris Dörrie: „Keiner liebt mich“

Herausstellung des Subjekts und Negation der alltäglichen Realität

Der neue Film von Doris Dörrie ist seit einiger Zeit in unseren Kinos! Er heißt „Keiner liebt mich“ und ist damit einer der Nachfolgefilme von „Männer“, einem der sicherlich originellsten Filme der letzten Jahre. Die Nachfolgefilme („Mitten ins Herz“, „Im Innern des Wals“) verloren bereits an Aussagekraft, während der aktuelle Film „Keiner liebt mich“ sich fast nur noch in überzogenen Klischees bewegt.

Eine junge Frau namens Fanny Fink (dargestellt von Maria Schrader) lebt in einem Wohnblock in Köln, feiert demnächst ihrem 30. Geburtstag und stellt enttäuscht fest, daß sie die aus ihrer Sicht „große Liebe ihres Lebens“ noch nicht gefunden hat. Sie bekommt Torschlußpanik und sucht ihren Nachbarn auf, einen ausgeflippten jungen Mann von afrikanischer Herkunft, Orfeo (dargestellt von Pierre Sanoussi-Bliss). Er stellt den typischen Außenseiter da, ist Okkultist, schwul und liebt bunte Bemalungen und afrikanischen Schmuck. Orfeo lebt hauptsächlich von den Illusionen anderer und sagt Fanny mit viel Hokusfokus ihren Traummann voraus. Daraufhin zieht der neue Hausverwalter Lothar Sticker (dargestellt von Michael von Au) ein, und in ihm erkennt sie ihren Idealmann. Von da an verläuft die Handlung fast gemäß Klischee: Sie provoziert einen Autounfall mit ihm und versucht, ihm näherzukommen. Bald aber muß Fanny erkennen, daß Lothar auch andere Frauen hat und nicht alles nach Plan läuft. So widmet sie sich wieder ihrem Seminar übers Sterben, in dem die Kursteilnehmer sich jeder ihren eigenen Sarg bauen. Ihnen stellt sie mitten in ihr Zimmer.

In ihrer Enttäuschung wendet sie sich stärker Orfeo zu, der sie tröstet und in die Geheimnisse des Okkultismus einweicht. Beide kommen sich menschlich näher, aber zwischen ihnen steht die Andersartigkeit von Orfeo, der ihr ganz erstaunliche und merkwürdige Dinge erzählt. So behauptet er, auf einem anderen Planeten gelebt zu haben und daß er bald abgeholt werden würde. Tatsächlich geht er gegen Ende des Films aufs Dach. Man sieht Lichter, und Orfeo ist verschwunden. Fanny lernt dann einen Kursteilnehmer ihres Kurses genauer kennen, und nun ist sie endgültig überzeugt, ihren Traummann gefunden zu haben. Daher wirft sie den Sarg vom Balkon.

Im Mittelpunkt des Films steht die junge Frau Fanny mit ihrem öden Berufsleben und ihrer Sehnsucht nach dem Traummann. Bis auf den jungen Orfeo bleiben andere Charaktere im Hintergrund. Die Handlung verfällt dann bald ins Klischee altbekannter Muster: Junge Frau, Ende 20, hat Angst, keinen Partner zu bekommen, und verzweifelt am Leben. Besonders originell ist dieses Handlungsmuster also nicht. Fanny erscheint aber nur auf den ersten Blick einsam und verlassen. In Wirklichkeit wird deutlich, daß sie viele Menschen kennt; sie ist einfach nur schrecklich gelangweilt. Dem Alltagsleben kann sie nichts mehr abgewinnen. Sie ist auf der Suche nach dem nächsten Kick, der sie aus der Wirklichkeit herausreißen soll. So muß auch ihr künftiger Partner jemand sein, der sich in irgendeiner Weise von der „Masse“ unterscheidet: entweder indem er viel Geld hat (Hausverwalter Lothar Sticker) oder indem er sich schrill und ungewöhnlich kleidet (Orfeo). Fannys Langeweile drückt sich besonders gut aus,

als sie den Kurs über's Sterben belegt und sich einen Sarg baut. Fanny erscheint auch vollkommen unkritisch und naiv, als sie der Gaukelei des Orfeo Glauben schenkt und ihn auch noch bezahlt.

Die weitaus interessantere Persönlichkeit des Orfeo bleibt leider hinter der der Fanny zurück. Orfeo wird nur kurz angerissen und skizziert; man spürt, daß zu ihm noch mehr zu sagen wäre und der Film an dieser Stelle wie ein Fragment wirkt. Wie bereits beschrieben, verkörpert er den absoluten Außenseiter, der in unserer Gesellschaft nicht die geringste Chance auf eine bürgerliche Existenz hat. Aber diese würde er gar nicht akzeptieren. Er lebt in einer eigenen Welt, kommt aber nicht umhin, sich den weltlichen Problemen zu widmen. Als ihm das Geld ausgeht, kündigt ihm der Hausverwalter, woraufhin er gezwungen wird, zu betteln und auf der Straße zu leben. In diesem Punkt greift der Film eine Randgruppenproblematik auf, die im Ansatz glaubwürdig vermittelt wird. Positiv ist auch zu vermerken, daß Orfeos homophile Neigung im wesentlichen ernst genommen wird; während in Sönke Wortmanns unsäglichem „Bewegtem Mann“ Homosexualität als lächerlich und minderwertig dargestellt wird. Fazit ist, daß Orfeo im Film zu wenig Raum zur Erklärung seiner komplizierten Persönlichkeit bekommt, so daß er und seine wirkliche Herkunft wohl ewig ein Geheimnis bleiben werden. Doris Dörrie hat über Orfeo eine Kurzgeschichte geschrieben, die aber auch nicht mehr Licht ins Dunkel bringt.

Eine weitere Person, die in der Geschichte noch eine (kleine) Rolle spielt, ist die des Hausverwalters Lothar Sticker. Er wird nur ganz grob als jung und dynamischer Yuppie umrissen, der aus panischer Angst, sich selbst zu zeigen, lieber Masken trägt und sich so versteckt. Er entspricht vollkommen der Vorstellung eines absolut oberflächlichen Erfolgsmenschen, der sich selbst belügt. Diese Person wird fast gar nicht als eigene Persönlichkeit entwickelt.

„Keiner liebt mich“ hat somit etwas mehr Tiefgang als „Der bewegte Mann“, klammert aber fast jede Sozialkritik aus. Es wird selten aufgezeigt, warum die Alltagswelt vielen auch jüngeren Menschen öde und leer erscheint. Ebenso geht es in Dörries Film nie etwa um die Anonymität in Wohnsilos; man hat eher den Eindruck einer „Lindenstraße für Alternative“, in der sich die Bewohner kennen. Der Film lebt nur von zwei wirklich guten Momenten: einmal, als Orfeo Fanny erklärt, daß persönlicher Liebeskummer nicht so schwer wiege wie die Existenzangst eines Menschen; zum anderen, als Orfeo in existenzieller Not einen Straßensand errichtet, wo er für Geld aus der Hand liest. Nachdem die Kunden ausbleiben, dreht er sein Verkaufsschild um und bettelt für eine Heimfahrt nach Afrika. Erst dann kommt eine ältliche bornierte Frau, gibt ihm Geld und sagt, daß sie das Geld gern gäbe, wenn er nur in seine Heimat verschwände.

Der Film hat also durch das starke Hervortreten der Person Fanny neoromantische und idealistische Züge. Das Subjekt steht im Vordergrund, und eine objektive Beschreibung der Gesellschaft bleibt aus. Damit liegt Dörries Film voll im Trend und ist deswegen bei vielen beliebt. Es fällt wohl scheinbar



nicht schwer, sich mit der Hauptfigur zu identifizieren. Fanny ist wie so viele unendlich gelangweilt, und das Dasein gipfelt im Warten auf das aus ihrer Sicht alles entscheidende Erlebnis. Der Film hat auch etwas Schwebendes, über alles Erhabendes. Dies wird im ange-deuteten Okkultismus und UFO-Glauben deutlich, wodurch Dörries Film rätselhaft wirkt und bestimmte Fragen offen läßt. Das macht ihn sicher für viele attraktiv, weil er zum Teil die bürgerliche Phantasie anregt. Aber gerade durch den UFO-Aspekt und den geheimnisvollen Abgang Orfeos wirkt der Film besonders kitschig und wenig realistisch. Auch die überzogene Darstellung dieser Wohngegend (bunte Wände voller Graffiti) läßt ihn eher wirklichkeitsfern erscheinen. Über allem aber schwebt die Filmmusik mit Edith Piaf und ihrem „Non je ne regrette rien“, wodurch der Film auf Distanz zu sich selber geht.

Insgesamt gesehen handelt es sich bei

„Keiner liebt mich“ um keine „Ablachnummer“, sondern um einen bitteren Film, der sich leider zu sehr in vorgefertigten Klischees bewegt. Er mogelt sich um jede Botschaft und Stellungnahme herum, dafür bleibt doch zuviel offen. Von einem guten Film kann aber erwartet werden, daß er auf allgemeine und reelle Probleme aufmerksam macht und vor allem Lösungsvorschläge anbietet. Auch wenn in der BRD Film staatlich subventioniert werden und somit das Filmgeschäft kontrolliert wird, gibt es doch Freiräume für Film. Leider werden diese Freiräume zu wenig genutzt, was die zuletzt erfolgreichen Filme zeigen: „Der bewegte Mann“ zeigt keine Tiefe, „00 Schneider Jagd auf Nihil Baxter“ wirkt nur durch seine Unprofessionalität erfrischend und „Die Sieger“ ist ein brutaler Actionfilm. Nur im „Geisterhaus“ sind noch politische Ansätze erkennbar gewesen. — (joe)